

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2003

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Arbeitsweise, Ziele, Ressourcen	3
1. Arbeitsweise	3
2. Ziele	4
a. Wahrnehmung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen ..	4
b. Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes	4
c. Weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog	4
d. Förderung des europäischen Integrationsprozesses	5
3. Ressourcen	6
a. Regionale Schwerpunktsetzung	8
b. Verstärkte Nachfrageorientierung	9
c. Öffentlich-private Partnerschaft	10
d. Einführung neuer Steuerungsinstrumente	11
II. Arbeitsbereiche der AKBP	11
1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch	11
a. Internationale Rahmenbedingungen	11
b. Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich – Hochschul- marketing	11
c. Internationale Zusammenarbeit durch akademischen Personen- austausch (Stipendien)	13
d. Internationalisierung von Studiengängen	13
e. Kooperationsprogramme mit entwicklungspolitischer Ausrichtung ..	13
2. Auslandsschulwesen	14
3. Berufliche Bildung und Weiterbildung	15
4. Deutsche Sprache	16
5. Kulturelle Programmarbeit	17

	Seite
6. Druck- und audiovisuelle Medien	18
a. Druckmedien	18
b. Film	19
c. Deutsche Welle	19
d. Elektronische Medien	20
7. Jugend, Sport, Kirchen	20
a. Jugend	20
b. Sport	21
c. Kirchen	22
8. Kulturgüterrückführung	22
a. Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter	22
b. Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter	22
9. Multilaterale Kulturzusammenarbeit	22
a. Europäische Union	23
b. Europarat	24
c. OECD	24
d. UNESCO	24
III. Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amts und andere Einrichtungen der AKBP	25
1. Goethe-Institut (GI)	25
2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)	26
3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)	26
4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)	26
5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslands- schulwesen (ZfA)	27
6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)	27
7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)	27
8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)	27
9. Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland	28
10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)	28
11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)	28

I. Arbeitsweise, Ziele, Ressourcen

1. Arbeitsweise

Die Auswärtige Kulturpolitik (AKP)* der Bundesregierung ist langfristig angelegt. Ihre Stärke ist die globale institutionell und personell vernetzte Präsenz: Kulturabteilungen von Botschaften, Goethe-Institute, deutsche Auslandsschulen, Außenstellen des Deutschen Akademischen Auslandsdiensts (DAAD), entsandte Lektoren, deutsche Kulturgesellschaften und andere deutsche Kultureinrichtungen vor Ort bilden ein integriertes, alle Weltregionen abdeckendes, durch den Bund unterhaltenes Netz mit breitem kulturpolitischen Arbeitsauftrag.

Deutsche Kulturarbeit im Ausland leisteten 2003 unter anderem:

- 222 Botschaften, Generalkonsulate, Konsulate und Ständige Vertretungen,
- 133 Goethe-Institute (einschließlich Außenstellen),
- 117 deutsche Auslandsschulen,
- 14 DAAD-Außenstellen und 45 DAAD-Informationszentren im Ausland,
- 457 entsandte DAAD-Lektoren,
- 172 von Deutschland staatlich geförderte Kulturgesellschaften,
- 70 entsandte Fachberater der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und des Goethe-Instituts,
- 10 deutsche geisteswissenschaftliche, historische oder andere wissenschaftliche Institute,
- 10 Abteilungen und Außenstellen des Deutschen Archäologischen Instituts.

Die von Bundesminister Fischer am 2. Juni 2000 in Berlin vorgestellte und im Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001 dargelegte „Konzeption 2000“ bildet weiterhin die konzeptionelle Basis der AKBP.

Mit dieser Konzeption leistet die AKBP ihren Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung. Zentrale Aufgabe der kommenden Jahre für die AKBP wird es sein, über politische und kulturelle Grenzen hinweg das globale Netzwerk der Dialogforen aufzubauen und mitzuhelfen, auf Basis eigener Interessen Beiträge zur Lösung gemeinsamer Probleme zu finden.

* Da in diesem Bericht auch zahlreiche Bildungsthemen angesprochen werden, wird im Folgenden synonym zum Begriff „Auswärtige Kulturpolitik (AKP)“ auch der Begriff „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)“ verwendet.

Die AKBP sucht Partner von morgen. Ihre Ansprechpartner sind in erster Linie die Menschen. Der Direktkontakt zu anderen Regierungen wird in der Regel dann gesucht, wenn es um die Festlegung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen unserer AKBP geht – wie zum Beispiel bei der Aushandlung und Umsetzung von Kulturabkommen oder bei Statusfragen für die vor Ort tätigen Kulturorganisationen.

Die AKBP sorgt dafür, dass – jenseits des Tagesgeschäfts – der Dialog mit anderen Gesellschaften nirgendwo abreißt und dass auf ein weltweites Netz kompetenter Ansprechpartner und Multiplikatoren im Ausland zurückgegriffen werden kann. Diese Fähigkeit hat die AKBP z. B. im Rahmen der Umsetzung des Stabilitätspakts für Südosteuropa bewiesen. Die Bundesregierung stellte im Jahr 2003 Mittel in Höhe von 10,1 Mio. Euro für Projekte der AKBP in dieser Region bereit.

Zur aktiven Unterstützung des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs wurden – wie bereits 2002 – auch 2003 wieder Mittel in Höhe von etwa 5 Mio. Euro bereitgestellt. Hinzu kamen 9,2 Mio. Euro für AKBP-Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan.

Beispiel: Europäisch-Islamischer Kulturdialog

Das Auswärtige Amt hat in Zusammenarbeit mit den Mittlerorganisationen der AKBP im Jahr 2002 das nach dem 11. September aufgelegte Sonderprogramm „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“ umgesetzt (2002 und 2003: Haushaltsmittel in Höhe von jeweils ca. 5 Mio. Euro). Damit wurden die Kulturmittler in die Lage versetzt, in der Zusammenarbeit mit Partnern in islamischen Gesellschaften binnen weniger Monate Dialogprojekte durchzuführen, um die regulären Programme zu ergänzen.

Ziel dieses Sonderprogramms war es, durch spezifische Projekte das gegenseitige Verständnis zwischen westlicher und islamischer Welt zu verbessern und dabei auch unsere Werte einzubringen. Die Rolle der Frauen, der Umgang mit Rechtsstaatlichkeit und das Thema Menschenrechte im Kontext Scharia sind Schwerpunkte gezielter Einladungsprogramme, von Dialogveranstaltungen und Arbeitstagen. Im März 2003 ging als Gemeinschaftsprojekt des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), des Goethe-Instituts (GI), der Deutschen Welle und der Bundeszentrale für politische Bildung das Internetportal Qantara (www.qantara.de) in den Sprachen Deutsch, Englisch und Arabisch ans Netz. Die Internetseite wurde eigens für den Dialog mit der islamischen Welt konzipiert; sie wird von einer kleinen Redaktionsgruppe betreut und regelmäßig aktualisiert.

Seit Mitte 2002 sind an ausgewählten deutschen Auslandsvertretungen ca. zwei Dutzend Referenten und Referentinnen eingesetzt, die sich besonders der Analyse und der Dialogförderung mit islamischen Gesellschaften widmen. Die Vertretungen haben die Möglichkeit,

eigene kleinere Maßnahmen auf dem Gebiet des so genannten Islamdialogs selbstständig durchzuführen. Das Auswärtige Amt versteht sich mit dem Beauftragten für den Dialog der Kulturen, dem speziell eingerichteten Arbeitsstab für den Dialog mit der islamischen Welt und diesem Netzwerk als Ideengeber und Katalysator.

Auch im Jahr 2004 setzt das Auswärtige Amt dieses Dialogkonzept weiter fort.

2. Ziele

AKBP hat – ohne dass mit dieser Aufzählung eine wertende Rangfolge festgelegt werden soll – die folgenden zentralen Aspekte:

- Förderung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen,
- Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes,
- weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog,
- Förderung des Europäischen Integrationsprozesses.

Dabei steht fest, dass sich diese Ziele ergänzen und dass eine Maßnahme der AKBP gleichzeitig mehreren dieser Ziele dienen kann und soll: Die Vergabe eines Stipendiums an einen südosteuropäischen Studenten mit Zukunftsperspektive leistet sicherlich einen Beitrag zur Stärkung des Studienstandorts Deutschland und liegt daher im unmittelbaren deutschen Interesse. Sie kann aber auch der Konfliktprävention auf dem Balkan dienen, das Deutschlandbild im Ausland positiv beeinflussen und gleichzeitig als Beitrag zum Europäischen Integrationsprozess gesehen werden.

a. Wahrnehmung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen

Mit der AKBP werden unmittelbare Interessen Deutschlands, seiner Gesellschaft, seiner Bürger und seiner Wirtschaft verfolgt. Ein Großteil der Ausgaben der AKBP-Arbeit wird unter diesem Aspekt geleistet. Ein starker „Bildungsstandort Deutschland“ liegt im Interesse eines zukunftsfähigen Deutschlands, denn er ist ein wesentlicher Baustein, damit unser Land auch in Zukunft unter den Bedingungen globalisierten, verschärften Wettbewerbs ein erfolgreiches Gemeinwesen bleibt. Für die Arbeit der deutschen Auslandsschulen gilt dasselbe: Dieses Angebot bieten wir einerseits denjenigen Deutschen, die sich – aus beruflichen oder anderen Gründen – ins Ausland begeben haben und wünschen, dass ihre Kinder eine Erziehung erhalten, die sprachlich wie inhaltlich auf Deutschland ausgerichtet ist. Andererseits werden Schüler, die aus anderen Kulturkreisen stammen und eine deutsche Schule besuchen, dort optimal für das Verständnis der Deutschen, ihrer Kultur und ihres Denkens und Handelns vorbereitet. Damit werden sie Ansprechpartner für die Zukunft in allen Bereichen der Zusammenarbeit. Ganz ähnlich gelagert sind die Interessen, die wir mit dem weltweiten Angebot deutscher Kulturveranstaltungen

oder unseren Bemühungen um die Stärkung der Stellung der deutschen Sprache im Ausland verbinden.

Darüber hinaus hat AKBP den Auf- und Ausbau von Netzwerken zur Aufgabe, die der Stärkung deutscher Interessen auch über die Bereiche Kultur und Bildung hinaus dienen.

b. Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes

Mit Mitteln der AKBP präsentiert sich Deutschland als ein Partner, der außer der klassischen auch eine moderne Kultur besitzt, der an gleichberechtigtem Dialog und Austausch interessiert ist, der sich seiner Vergangenheit in offener Auseinandersetzung stellt und dadurch glaubhaft für die Werte steht, für die wir eintreten. Damit einher geht Sympathiewerbung für Deutschland im Sinne der Außendarstellung der „corporate identity“ eines modernen Unternehmens.

Ein wichtiges kulturpolitisches Instrument zur Umsetzung dieses Interesses ist z. B. die Veranstaltung von oft umfangreichen Kulturtagen, -wochen oder -jahren.

Beispiel: „Deutschland in Japan 2005/2006“

Mit dem Projekt „Deutschland in Japan 2005/2006“, dessen Planung im Jahr 2002 begann und 2003 wesentlich vorangetrieben wurde, wird das Konzept weit über den Kulturbereich ausgedehnt. Ziel ist eine umfassende und nachhaltige Präsentation Deutschlands in Japan in den Bereichen Kultur (einschließlich Sport), Wirtschaft und Wissenschaft, Bildung, Forschung und Technologie, sowie Politik und Umwelt von Frühjahr 2005 bis Frühjahr 2006. Dadurch soll das Deutschlandbild in Japan belebt, aktualisiert und neu verankert werden, insbesondere auch bei der jüngeren Generation, nicht zuletzt, um dadurch den deutschen Exporten nach Japan eine neue Dynamik zu verleihen.

c. Weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog

Auswärtige Politik der Bundesregierung ist Friedenspolitik. Sie hat daher auch zum Ziel, durch einen Beitrag zum Wertedialog mit anderen Gesellschaften und Kulturen weltweit Konfliktprävention bzw. Krisenbewältigung zu leisten. Dieser Aspekt durchzieht alle Arbeitsbereiche. Und ihm kommt – gerade unter Bedingungen fortschreitender Globalisierung – wachsende Bedeutung zu.

Globalisierung führt weltweit zur Schwächung der bisherigen, nationalstaatlich organisierten Strukturen von Politik und Wirtschaft. Daraus entsteht ein neues Bedürfnis nach kultureller Selbstvergewisserung – sei es über Sprache, Ethnie, religiöse Überzeugung oder kulturelles Erbe. Die Selbstvergewisserung verläuft nicht immer ohne Konflikte und kann im negativen Fall den Hang zu Fundamentalismus, Gewalt und Konfrontation mit sich führen. Diesen Tendenzen wird durch aktiven Kulturdialog

entgegengewirkt. Zentrale Aufgabe der AKBP ist es daher, Menschen weltweit von Werten wie Freiheit und Toleranz zu überzeugen, sie für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Herrschaft des Rechts und nachhaltige Entwicklung zu gewinnen und die Zivilgesellschaft zu stärken.

Die direkte Werteorientierung der AKBP wird derzeit besonders deutlich im Rahmen des schon angesprochenen Europäisch-Islamischen Kulturdialogs sowie in Afghanistan. Beispielhaft zeigt das Engagement dort, wie sehr Kulturarbeit und Präsenz entsandten deutschen Personals mit entsprechenden Qualifikationen zur inneren Stabilisierung und zum Wiederaufbau eines Staates und einer Gesellschaft beitragen und dadurch konfliktverhütend wirken kann.

Beispiel: Deutsche Kultur- und Bildungsarbeit in Afghanistan

Im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan standen der Bundesregierung 2003 9,2 Mio. Euro für den kulturellen Wiederaufbau des Landes zur Verfügung. Seit Mitte 2003 sind dort, zusätzlich zum Botschaftspersonal, elf von deutschen Kulturmittlern fest entsandte Mitarbeiter vor Ort tätig.

Der deutsche Beitrag zum Wiederaufbau konzentriert sich auf Hochschulzusammenarbeit, Sekundarschulwesen, Kulturinstitute und Programmarbeit (einschließlich Sprachförderung), Medienkooperation sowie Kulturerhalt. Frauenförderung genießt bei allen Projekten Priorität.

Im Einzelnen wurden u. a. folgende Maßnahmen finanziert:

- Wiederaufbau und Förderung einer Mädchen- und einer Jungenschule einschließlich der Entsendung von (derzeit sechs) deutschen Lehrkräften;
- Reaktivierung von Hochschulpartnerschaften; Fortbildung von Dozenten, Vergabe von Hochschulstipendien in hoher Zahl; DAAD-Lektorat und Aufbau des Rechenzentrums an der Universität Kabul, Ausstattung von Fakultäten; Mithilfe bei der Ausarbeitung einer afghanischen Hochschulgesetzgebung;
- Programmarbeit durch das GI, das seit September 2003 wieder durch ein eigenes Institut in Kabul vertreten ist;
- Ausstattung von Bibliotheken; Übersetzung von deutscher Kinder- und Jugendliteratur; Spracharbeit;
- Kooperation der Deutschen Welle mit dem afghanischen Staatssender RTA (täglich internationaler Nachrichtenblock auf Dari und Paschtu); Alphabetisierungsprogramm im Rundfunk; Journalistenfortbildung; Ausstattungshilfe im Medienbereich, Aufbau einer unabhängigen Medienlandschaft;
- Restaurierung des historischen Babur-Gartens in Kabul; Restaurationsarbeit am Mausoleum der bekannten Frauenfigur „Gawhar-Shad“;

- Sonderprojekt zur Frauenförderung in den paschtunischen Stammesgebieten (vorrangig Kandahar), mit den Schwerpunkten Wiederaufnahme der universitären Ausbildung von Frauen in Kandahar, Aufbau eines Wohnheims für Studentinnen.

Im Jahr 2004 werden diese Vorhaben fortgeführt. Es stehen Haushaltsmittel in Höhe von fast 8 Mio. Euro zur Verfügung.

d. Förderung des europäischen Integrationsprozesses

Ein Schwerpunkt deutscher Kulturarbeit im Ausland ist traditionell Europa. Kulturmittler werben dort für Deutschland und arbeiten an einer von Sympathie gegenüber unserem Land getragenen Haltung. Sie haben die Aufgabe, an der Veränderung einseitiger, oft noch vergangenheitsgeprägter Deutschlandbilder zu arbeiten. Dieses Ziel wird verstärkt auch in den Neumitgliedstaaten und Beitrittskandidaten verfolgt.

Der AKBP kommt eine eigenständige Rolle im europäischen Integrationsprozess zu. Gerade im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union liegt eine große Herausforderung darin, den Bürgern zu helfen, eine europäische Identität zu entwickeln. Teil dieser Identität ist die kulturelle Vielfalt Europas. Und diese Vielfalt müssen wir, ergänzend zur nationalen, regionalen und kommunalen Kulturpolitik, durch die Entwicklung gemeinsamer kulturpolitischer Rahmenbedingungen stärken. Kulturelle Verschiedenheit zusammen mit gemeinsamen Wertvorstellungen ist die beste Voraussetzung für ein modernes und offenes Europa. Der Verfassungsentwurf zur Europäischen Union bringt das auf den Punkt, wenn er ein „in Vielfalt geeintes Europa“ zum Ziel erklärt.

Der gemeinsame europäische Bildungsraum soll allen Bürgern Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung und beim Übergang in den Beruf ermöglichen (vgl. Kapitel II.9.a.).

Untrennbar mit den Bemühungen um die europäische Integration verbunden sind die Maßnahmen der AKBP im Zusammenhang mit der deutsch-französischen Freundschaft.

Beispiel: Deutsch-französische Kultur- und Bildungsbeziehungen

Die kultur- und bildungspolitische Arbeit mit Frankreich ist nach wie vor so intensiv und eng wie mit keinem anderen Partner. Zentrale Elemente:

- Jugendaustausch mit jährlich 150 000 Teilnehmern (über 7 Millionen seit 1963);
- Städte- und Regionalpartnerschaften (2 200) sowie Schulpartnerschaften (4 300);
- Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Projekten auf allen Ebenen.

Der 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags wurde nicht nur durch Festakte am 22. Januar 2003 begangen. Während des gesamten Jahres wurde durch zusätzliche eigene und gemeinsame Kulturveranstaltungen und Projekte in besonderer Weise die deutsch-französische Freundschaft thematisiert. Besonders hervorzuheben sind folgende Aktionen:

- Deutsch-Französisches Jugendparlament 18. bis 23. Januar 2003 in Berlin;
- Erklärung des 22. Januar zum Deutsch-Französischen Tag, der erstmals am 22. Januar 2004 insbesondere in den Bildungseinrichtungen beider Länder durch Sonderveranstaltungen breit begangen wurde;
- Gemeinsamer Projektfonds für deutsch-französische Kulturveranstaltungen in Drittstaaten (2003 über 50 Projekte in 60 Ländern, Fondserhöhung ab 2005);
- Förderung der Partnersprachen Deutsch und Französisch (sprachwerbende „DeutschMobile“ und „FranceMobile“ (siehe Kapitel II.4.); zweisprachiges Internetportal „FplusD“ für Schüler, Eltern und Lehrer; hochrangiges Sprachenseminar im Oktober 2003 in Sèvres; Start einer breit angelegten Werbekampagne für die deutsche Sprache in Frankreich am Deutsch-Französischen Tag 22. Januar 2004);
- Beschluss zur Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs mit gleichem Inhalt für beide Länder, das in identischen deutschen und französischen Fassungen für die Oberstufe zum Einsatz kommen soll;
- Verfolgung mehrerer Projekte zur gemeinsamen Unterbringung von Kulturinstituten (Moskau, Ramallah, Glasgow; Eröffnung des ersten trilateralen Kulturinstitutes im Oktober 2003 in Luxemburg).

Sorge bereitet die sinkende Zahl der Schüler, die jeweils die Partnersprache Deutsch oder Französisch erlernen. Daher muss vor allem bei der Jugend in einem zunehmend von angloamerikanischem Einfluss geprägten Umfeld das Interesse an Kultur und Sprache des Partnerlandes immer wieder geweckt und aufrechterhalten werden. Dabei steht die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Zukunft von Deutschen und Franzosen mit beruflichen Chancen in beiden Ländern im Vordergrund:

- Ausbau des Netzwerks an Partnerschulen mit bilinealem Unterricht (ca. 80 Schulen);
- Angebot des Doppelabschlusses Abi-Bac (ca. 50 Schulen);
- Angebot integrierter Studiengänge mit doppeltem Abschluss an über 100 Partnerhochschulen durch die Deutsch-Französische Hochschule;
- jährliche Studienmesse und Stellenbörse „Deutsch-Französisches Forum“ in Straßburg;
- Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung.

Die AKBP bietet ferner die Chance, positive Integrationserfahrungen in Europa gegenüber Drittstaaten zu vermitteln. Die EU mit ihren erfolgreichen Institutionen eines friedlichen Interessenausgleichs zwischen Staaten, die über Jahrhunderte ihre Konflikte durch Krieg ausgetragen haben, ist weit über Europa hinaus ein attraktives Modell – gerade in ihrer Kombination von politischer und wirtschaftlicher Einheit und Bewahrung kultureller Vielfalt. Es geht darum, diese Erfahrung mit Dritten zu teilen und, wo möglich, für andere Weltregionen anwendbar zu machen.

3. Ressourcen

Die Ressourcen, die der Bundesregierung für Maßnahmen der AKBP zur Verfügung stehen, beliefen sich im Berichtszeitraum mit 1 126,1 Mio. Euro auf 0,44 Prozent des Bundeshaushalts. Davon fielen Ausgaben von 552,4 Mio. Euro aus Kapitel 05 04 des Bundeshaushalts im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes an. An den Gesamtausgaben des Auswärtigen Amtes von 2 229,9 Mio. Euro hielt der Kulturhaushalt (Kapitel 05 04) damit einen Anteil von 21,1 Prozent. Hinzu traten 2003 auswärtige Kulturausgaben im weiteren Sinne beim Auswärtigen Amt in Höhe von rund 20,0 Mio. Euro aus Kapitel 05 11 für das Deutsche Archäologische Institut (DAI) sowie die deutschen Pflichtbeiträge zu den VN-Organisationen UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization), ICCROM (International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property) und WHF (World Heritage Fund der UNESCO) in Höhe von rund 32,3 Mio. Euro aus Kapitel 05 02.

Die angespannte Lage des Bundeshaushalts hat auch im Kulturbereich des Auswärtigen Amtes zu Kürzungen geführt. Der Prozentanteil der durch das Auswärtige Amt aus Kapitel 05 04 geleisteten AKBP am gesamten Bundeshaushalt beträgt 0,23 Prozent. In absoluten Zahlen war 2003 ein Rückgang von 8,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, was einer Einbuße von minus 1,4 Prozent gegenüber 2002 entspricht.

Für das Jahr 2004 bewirkt eine von der Bundesregierung beschlossene „Globale Minderausgabe“, dass die für Maßnahmen der AKBP verfügbaren Mittel noch einmal um mehr als 15 Mio. Euro sinken werden. Die endgültigen Zahlen liegen jedoch noch nicht vor.

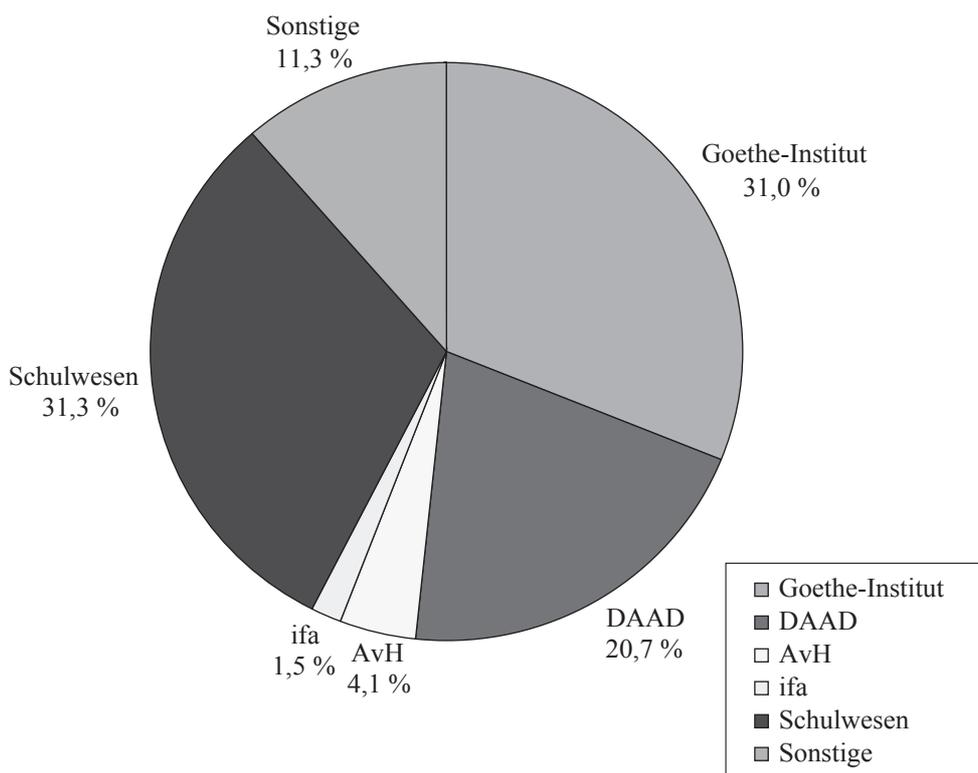
Die Koch/Steinbrück-Vorschläge im Rahmen des allgemeinen Subventionsabbaus sahen ursprünglich auch gravierende Einschnitte in der AKBP vor. In gemeinsamen Anstrengungen ist es der Bundesregierung, auch mit Unterstützung des Deutschen Bundestages, Anfang 2004 gelungen, die sachlich nicht gerechtfertigte Einstufung der AKBP-Ausgaben als Subventionen abzuwenden.

Die AKBP-Mittel des Auswärtigen Amtes fließen zu einem großen Anteil in die Projektförderung, für die 2003 ein Betrag von 209,4 Mio. Euro oder 37,5 Prozent des Kulturhaushalts des Auswärtigen Amtes vorgesehen war. Die Durchführung der Maßnahmen obliegt in der Regel Zuwendungsempfängern, also den klassischen Kulturmittlerorganisationen, Kulturorganisationen im weitesten Sinne und Kulturschaffenden.

**Haushaltsmittel des Bundes für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
1993 bis 2003**

Jahr	AKP Bund gesamt (Soll)	Veränderung ggü. Vorjahr	davon AKP des AA (Soll)	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil AKP des AA am Bundeshaushalt
1993	1.185,7		638,0		0,27 %
1994	1.171,3	– 1,2 %	608,2	– 4,7 %	0,25 %
1995	1.153,1	– 1,6 %	599,1	– 1,5 %	0,25 %
1996	1.171,4	+ 1,6 %	609,2	+ 1,7 %	0,26 %
1997	1.166,5	– 0,4 %	607,4	– 0,3 %	0,26 %
1998	1.151,4	– 1,3 %	590,4	– 2,8 %	0,25 %
1999	1.142,0	– 0,3 %	592,3	+ 0,3 %	0,24 %
2000	1.111,1	– 3,2 %	564,7	– 4,7 %	0,23 %
2001	1.139,9	+ 2,6 %	576,0	+ 2,0 %	0,24 %
2002	1.127,6	– 1,1 %	566,9	– 1,6 %	0,23 %
2003	1.106,1	– 1,9 %	558,8	– 1,4 %	0,23 %

(Angaben in Millionen Euro)



Die Bundesregierung misst der Attraktivitätssteigerung des Studien- und Forschungsstandorts Deutschland Priorität zu. Für Stipendien- und Austauschprogramme stellte das Auswärtige Amt 2003 daher 132,4 Mio. Euro bereit.

Nach überdurchschnittlichen Einsparungen in den Vorjahren verzeichnete das Auslandsschulwesen 2003 eine Zunahme von 2,9 Prozent um 5,1 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf knapp 180 Mio. Euro („Schulfonds“, ohne Baumaßnahmen des Bundes).

Das Auswärtige Amt unterstützte 2003 Betrieb und Investitionen von insgesamt 15 Organisationen mit einem Ansatz von 150,2 Mio. Euro oder 26,9 Prozent. Unter den institutionell geförderten Kulturmittlern befinden sich voluminmäßig gesehen das Goethe-Institut (GI), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) an den ersten vier Positionen.

Das Auswärtige Amt ist bestrebt, mittelfristig einen größeren Betrag in kreative Programmarbeit zu leiten und weniger administrative Fixkosten zu finanzieren.

Die Kürzungen bei den Mitteln für die AKBP wurden in den vergangenen Jahren durch fortgesetzte Umstrukturierung, Rationalisierung und Optimierung in der Arbeit der Kulturmittler aufgefangen.

Mit folgenden Ansätzen wird versucht – dem Leitbild eines „aktivierenden Staats“ verpflichtet –, der AKBP zu möglichst großer Durchschlagskraft zu verhelfen:

- durch bewusste, laufend überarbeitete regionale Schwerpunktsetzung;
- durch eine an den Interessen unserer Kunden orientierte Gestaltung der Kulturarbeit im Ausland und eine Beteiligung der Kunden an der Finanzierung dort, wo dies wirtschaftlich machbar ist;
- durch systematische Einbeziehung von deutscher Wirtschaft und Gesellschaft bei der Verfolgung der AKBP über den Ansatz der „öffentlich-privaten Partnerschaft“.
- durch Einführung neuer Steuerungselemente wie Zielvereinbarungen sowohl im AA als auch gegenüber und bei den wichtigsten Mittlern. Als Pilotprojekt führt das GI in seiner Region Italien ab 2005 die Budgetierung ein und betritt damit Neuland.

Daneben gehören eine laufende Überprüfung der Ziele und Maßnahmen der AKBP sowie ein den festgelegten Prioritäten entsprechender Mitteleinsatz zu den Handlungsmaximen der Bundesregierung.

a. Regionale Schwerpunktsetzung

Die AKBP befindet sich in einem Prozess verstärkter regionaler Schwerpunktsetzung. Nicht zuletzt aufgrund der Sparzwänge stehen gewachsene regionale Prioritäten der Nachkriegszeit auf dem Prüfstand. Bundesminister Fischer hat mehrfach auf diese Notwendigkeit verwiesen und u. a. in einer Sitzung des Ausschusses für Kultur und Me-

dien des Deutschen Bundestages am 3. März 2004 ausdrücklich Mittelosteuropa, den Mittleren Osten und Ostasien als Regionalschwerpunkte angeführt.

Dem Auswärtigen Amt ist es aufgrund organisatorischer Verbesserungen in der Zusammenarbeit mit den Mittlern technisch möglich geworden, seine AKBP-Aufwendungen relativ zeitnah, aufgliedert nach Weltregionen und Mittlerorganisationen, aufzuschlüsseln. Diese Zahlen liegen nun für 2003 vor. Ein Zeitvergleich mit dem Vorjahr wird erst ab dem nächsten Jahr möglich sein.

Für statistische Zwecke wurde die Welt in folgende elf Ländergruppen aufgeteilt: EU der 15, neue EU-Mitgliedstaaten, Südosteuropa (einschließlich Türkei), Osteuropa (einschließlich Russland und kaukasische Republiken), Zentralasien, Naher/Mittlerer Osten (Staaten zwischen Marokko und Afghanistan), Subsahara-Afrika, (Süd-, Ost- und Südost-)Asien, Australien (mit Ozeanien), Nordamerika (USA und Kanada) sowie Lateinamerika (einschl. Karibik).

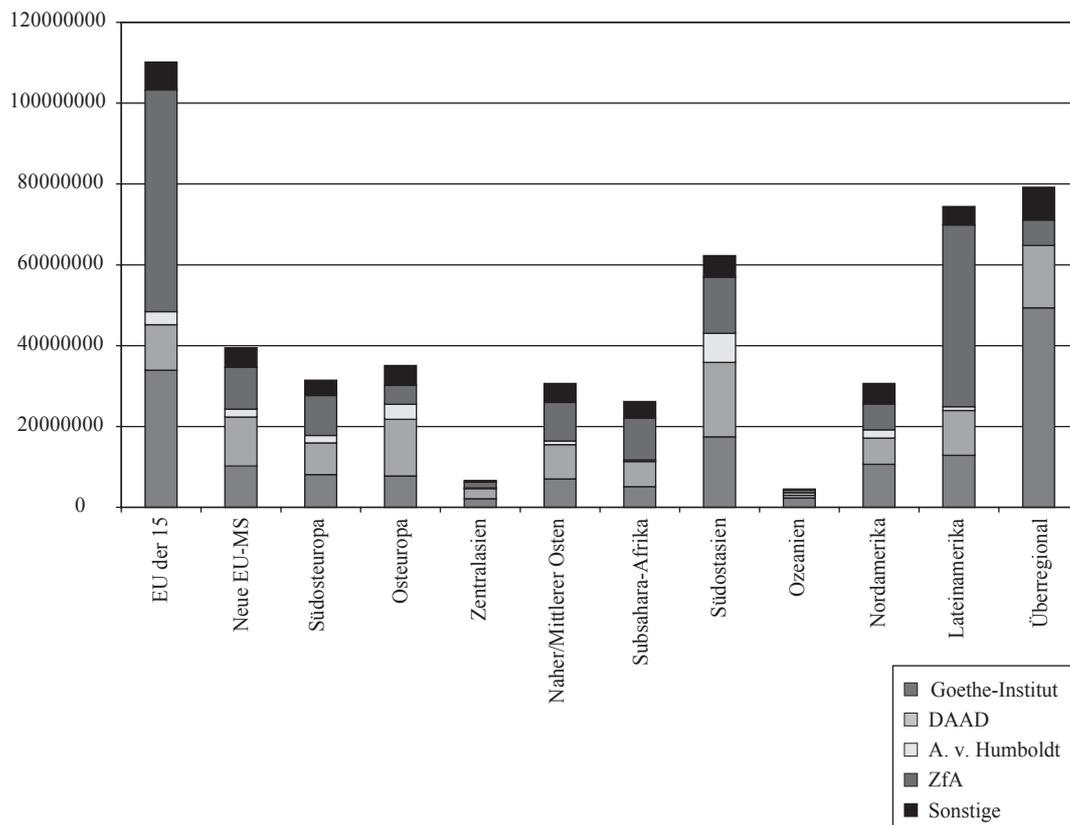
Die Regionalverteilung der AKBP-Ausgaben des Auswärtigen Amtes, aufgeschlüsselt nach den großen Mittlerorganisationen (GI, DAAD, AvH, ZfA und andere) geht aus der nebenstehenden Abbildung hervor.

Bei einer genaueren Betrachtung dieser Abbildung und der ihr zugrunde liegenden absoluten Zahlen lässt sich für 2003 insbesondere Folgendes festhalten:¹

- Die Region, in die mit Abstand die meisten Ressourcen des Auswärtigen Amtes fließen, ist (mit 24,4 Prozent der regional zuzuordnenden Ausgaben) nach wie vor die EU der 15, gefolgt von Lateinamerika (mit 16,5 Prozent) und Asien (mit 13,8 Prozent). Es folgen die neuen EU-Mitgliedstaaten mit 8,7 Prozent, Osteuropa (einschließlich Russlands) mit 7,8 Prozent und Südosteuropa (einschließlich der Türkei) mit 7,0 Prozent.
- Ganz Europa zusammengenommen (einschließlich der Türkei und Russlands) dominiert ganz eindeutig die regional zuzuordnenden auswärtigen Kultur- und Bildungsausgaben des Auswärtigen Amtes mit 47,9 Prozent.
- Die regional aufschlüsselbaren Ausgaben des GI hatten ihren Schwerpunkt 2003 (mit 28,9 Prozent) weiterhin in Westeuropa, gefolgt von den Regionen Asien (mit 15,2 Prozent) und Lateinamerika (mit 11,0 Prozent).
- Die Ausgaben für das deutsche Auslandsschulwesen konzentrieren sich auf die EU der 15 (mit 32,8 Prozent) und Lateinamerika (mit 26,9 Prozent). Innerhalb der EU der 15 liegt Spanien mit einem Anteil von 8,7 Prozent der weltweiten Gesamtausgaben des Auslandsschulwesens weit vorne, vor Italien (mit 4,5 Prozent), Frankreich (mit 3,2 Prozent) und Belgien (mit

¹ Die folgenden Prozentzahlen berücksichtigen nicht die als überregional verbuchten Ausgaben.

Regionalverteilung der AKBP-Aufwendungen des Auswärtigen Amtes 2003 nach Mittlerorganisationen



3,1 Prozent). In Lateinamerika gehen 4,0 Prozent der gesamten deutschen Auslandsschulenausgaben nach Mexiko, gefolgt von Brasilien (mit 3,9 Prozent), von Argentinien (mit 3,2 Prozent), Chile (mit 2,9 Prozent) und Peru (mit 2,5 Prozent).

- Der DAAD gibt die vom Auswärtigen Amt erhaltenen Gelder schwerpunktmäßig in Asien (mit 18,6 Prozent der regional zuzuordnenden Ausgaben) und Osteuropa (mit 14,2 Prozent) aus – dort insbesondere in Russland (mit 9,0 Prozent) – sowie in den neuen Mitgliedstaaten der EU (mit 12,2 Prozent).
- Für die AvH ist Asien (mit 31,4 Prozent der regional zuzuordnenden Ausgaben) die mit Abstand ausgabenintensivste Region, gefolgt von Osteuropa (mit 16,2 Prozent, davon Russland mit 11,9 Prozent).

Die großen Mittlerorganisationen der AKBP fahren ihre traditionell hohen Ausgaben in Westeuropa weiter maßvoll zurück. Auf der Europakonferenz des GI in München am 7. September 2003 wurde nun auch beim GI als strategisches Ziel die Verlagerung von bisher in Westeuropa eingesetzten Ressourcen nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa gebilligt. Das GI hat schon in den vergangenen Jahren systematisch sein Engagement in Mittelosteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten ausgeweitet. Von Prag bis Wladiwostok bestehen heute 19 Goethe-Voll-

institute, 43 Lesesäle, 81 Lehrmittelzentren und 15 Sprachlernzentren des GI.

Auch neue Initiativen in der islamisch geprägten Welt sind zu verzeichnen. Im September 2003 eröffnete ein GI in Kabul; auch im Irak hat die AKBP die ersten Schritte hin zu einer neuen Zusammenarbeit getan. Allerdings blieben die Ressourcenzuwächse in dieser Region begrenzt. 2003 flossen rund 5 Prozent des Kulturhaushalts des Auswärtigen Amtes in den Nahen und Mittleren Osten.

b. Verstärkte Nachfrageorientierung

Ein weiterer Ansatz, um die Reduzierung der Bundesaussgaben für die AKBP aufzufangen, ist die tendenzielle Umstellung der Kulturarbeit im Ausland in Richtung auf stärkere Nachfrageorientierung. Deutschland hat ein für viele Interessenten im Ausland attraktives Kultur- und Bildungsangebot. Es geht darum, diese Attraktivität zu nutzen und Programme so zu gestalten, dass die ausländischen Kunden bereit sind, für das Angebot auch zu zahlen.

Dies ist in immer mehr Bereichen der Fall. Sprachkurse bietet das GI inzwischen im Regelfall kostendeckend an (ohne Miteinberechnung des vom GI entsandten Sprachpersonals).

Beispiel: Kostensenkung im Sprachkursbereich

Durch betriebswirtschaftliche Optimierung konnten die Ausgaben für die GI-Sprachkurse weiterhin gesenkt werden. Insbesondere die Ausgaben für das örtliche Lehrpersonal, dem größten Kostenfaktor, konnten seit 1994 um insgesamt ca. 6 Mio. Euro gesenkt werden. Mittlerweile schreiben 50 der insgesamt 103 GI-Sprachkursbetriebe schwarze Zahlen (ohne Berücksichtigung der Kosten für im Sprachbereich tätige entsandte Bedienstete): Zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Instituten gehören vor allem Metropolen wie Madrid, Moskau, Mexiko-Stadt, Tokio, Seoul, Rabat, Paris, London und Washington. Dort ist auch die Nachfrage am größten. Die Teilnehmer an den Kursen sind überwiegend junge, berufstätige Akademiker, die Deutsch hauptsächlich zu Berufs- und Studienzwecken lernen. Im regionalen Vergleich sind die Regionen Südostasien, die iberische Halbinsel, Osteuropa/Zentralasien und Nordafrika/Nahost die wirtschaftlichen Spitzenreiter. 2003 wurde der Sprachkursbereich vom GI noch mit einem Defizit von 960 000 Euro abgeschlossen (ohne Berücksichtigung des entsandten Sprachpersonals), was aber auf Sonderbedingungen an nur drei Standorten zurückzuführen ist. Das GI bemüht sich, die Defizite an allen Standorten möglichst rasch zu beseitigen, wobei auch die Möglichkeit, permanent defizitäre GI-Sprachkurse zu schließen, nicht ausgeschlossen ist.

Deutsche Auslandsschulen finanzieren sich, wo sinnvoll, immer stärker über Schulgelder. Im Programmbereich bemühen sich deutsche Veranstalter im Ausland um eine Einbeziehung deutscher Auslandsunternehmen, welche deutsche Kulturereignisse vor Ort für die eigene Werbearbeit einsetzen können. Die Werbung für den Hochschulstandort Deutschland richtet sich zunehmend auch auf Zielgruppen aus, die ein so hohes Eigeninteresse an einem Studium in Deutschland haben, dass sie bereit sind, als teilweise oder vollständige Selbstzahler an deutsche Universitäten zu kommen.

Durch diese Maßnahmen kann den der AKBP auferlegten Sparauflagen – wenn auch nur zum Teil – Rechnung getragen. Gleichzeitig können dadurch Gelder für Aufgaben mit hohem Multiplikatoreffekt und für kultur- und bildungspolitische Angebote eingesetzt werden, die außenpolitisch motiviert sind und denen vor Ort keine kaufkräftige Nachfrage gegenübersteht.

Je stärker deutsche Kulturarbeit sich an der Nachfrage im Gastland orientiert, desto mehr wird sie an dessen wirtschaftlichem Wachstum partizipieren. Sie wird dadurch auch künftig in der Lage sein, sich trotz enger Haushaltsgrenzen in Deutschland vor Ort dynamisch weiterzuentwickeln.

c. Öffentlich-private Partnerschaft

Das Konzept der öffentlich-privaten Partnerschaft („public-private-partnership“) im Sinne der AKBP umfasst eine am Gemeinwohl orientierte Zusammenarbeit öffent-

licher und privater Organisationen im beiderseitigen Interesse. Dabei kann es sich auf privater Seite um Unternehmen, Einzelpersonen oder privatrechtlich organisierte Stiftungen handeln.

Schon im Herbst 1998 war von sechs deutschen Stiftungen (Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Fritz Thyssen-Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Robert-Bosch-Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius) die „Stiftungsinitiative Johann Gottfried Herder“ gegründet worden. Ihr Ziel ist die Förderung von Gastdozenten pensionierter und emeritierter Hochschulprofessoren aller Fachrichtung in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der GUS. Seit dem Wintersemester 2002/2003 setzen fünf der Gründerstiftungen das Programm fort, das seit 2003 zusätzlich unter Einbeziehung öffentlicher Mittel finanziert wird. 2003 konnten insgesamt 49 mindestens sechsmonatige Dozenten gefördert werden, von denen 14 neu in die Förderung aufgenommen wurden.

Ein interessantes Modell der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft im Bereich der AKBP sind „Kulturstiftungen der deutschen Wirtschaft“, wie sie 1997 in Mexiko-Stadt und 2002 in Madrid unter Beteiligung der örtlichen Deutschen Botschaft und des örtlichen GI gegründet worden sind. An weiteren Standorten wird derzeit an Gründungen gearbeitet. Diese Kulturstiftungen binden die deutsche Wirtschaft vor Ort als Sponsoring-Partner fest in die kulturelle Außerdarstellung Deutschlands ein. Die Stiftungen operieren auf einer streng partnerschaftlichen Basis, die sicherstellt, dass Auswärtiges Amt, GI und deutsche Wirtschaft vor Ort gleichermaßen von deren Arbeit profitieren und keiner der Partner in seinen jeweiligen Projektvorstellungen einseitig dominieren kann.

Ein gelungenes Beispiel für die Innovationskraft und den Erfolg dieser Strategie ist ein neues Konzept deutscher Kulturzentren, das derzeit in Mittel- und Osteuropa erprobt wird. An verschiedenen Standorten sind dort Kulturzentren eingerichtet worden, bei denen im Grundsatz die Räumlichkeiten durch lokale Partner besorgt werden, das Auswärtige Amt die Programmmittel bereitstellt und die Robert-Bosch-Stiftung den Kulturmanager (in der Regel einen Hochschulabsolventen auf Stipendienbasis für drei Jahre) als deutschen Institutsleiter entsendet. Seit Beginn des Haushaltsjahrs 2003 wurden mit diesem Modell geteilter Verantwortung und Lasten deutsche Kulturzentren in Klausenburg, Temeswar und Hermannstadt bezuschusst. Vier weitere Zentren (in Czernowitz, in Breslau, das Gerhart Hauptmann Haus in Agnetendorf (Polen) und das Thomas Mann Haus in Nidden (Litauen)) wurden inzwischen in die Förderung aufgenommen. Dank des Engagements der Robert-Bosch-Stiftung entstehen mit dieser innovativen Form öffentlich-privater Zusammenarbeit sehr kostengünstige, aber dennoch vollwertige Kulturinstitute. Die Bereitstellung von Sondermitteln für den Aufbau neuer Kulturzentren in Mittel- und Südosteuropa ermöglicht die Gründung von voraussichtlich zehn weiteren Zentren u. a. in Russland und Albanien.

Auch durch die Unterstützung lokal gegründeter Kulturgesellschaften wird das Element der öffentlich-privaten Partnerschaft in der AKBP verstärkt. 2003 wurden weltweit 152 Kulturgesellschaften aus Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert. Dort, wo Kulturinstitute des GI geschlossen werden mussten, bilden sie zum Teil die Auffangstruktur für die Fortsetzung deutscher AKBP vor Ort. Sie haben den Vorteil, in lokalen Strukturen verankert zu sein und dadurch Zugang zu neuen Partnern und Bevölkerungsgruppen erschließen zu können.

Ein weiteres Beispiel für eine gelungene öffentlich-private Partnerschaft sind die von der Robert-Bosch-Stiftung und von DaimlerChrysler seit 2001 für den Einsatz in Frankreich geförderten DeutschMobile (siehe Vorjahresbericht, Kapitel II.4.).

d. Einführung neuer Steuerungsinstrumente

Die Kulturabteilung arbeitet an der schrittweisen Einführung neuer Steuerungsinstrumente, um dem Auswärtigen Amt und seinen Kulturmittlern, zuerst dem GI, einen an strategischen Zielen ausgerichteten, flexibleren und den örtlichen Gegebenheiten besser angepassten Ressourceneinsatz zu ermöglichen. Zur internen Steuerung der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes gehören auch jährliche Zielvereinbarungen einschließlich Ergebnisüberprüfung. Die seit 2001 von den Auslandsvertretungen vorgelegten und regelmäßig fortzuschreibenden Länderkonzeptionen sind Teil dieses Konzepts.

Die inhaltliche Steuerung der Mittler wird ebenfalls über detaillierte Zielvereinbarungen – einschließlich Überprüfung der Zielerreichung – mit dem Auswärtigen Amt erfolgen. Dabei können Ziele auch mit Ressourcen verknüpft werden. In der Folge könnte die operative Ausgestaltung der Kulturarbeit stärker als bisher den Mittlern selbst überlassen werden. Diese Mechanismen stehen vor der Erprobung.

Vor diesem Hintergrund und in Ergänzung der klassischen Steuerung über den kamerale Haushalt und das Zuwendungsrecht ist als erster Feldversuch die Budgetierung der Goethe-Institute in der Programmregion Italien für das Haushaltsjahr 2005 geplant. Die Voraussetzung hierzu, nämlich die Einführung der Kosten-Leistungsrechnung an allen GI-Kulturinstituten in Italien, wird bereits 2004 geschaffen.

Bei einem erfolgreichen Verlauf des Pilotprojekts wird erwogen, diesen Prozess der Einführung neuer Steuerungselemente später auch auf das Gesamtinstitut und andere Kulturmittler, die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhalten, auszuweiten.

Die neuen Steuerungsinstrumente sollen das Auswärtige Amt in die Lage versetzen, den Aufwand und die Ergebnisse der Arbeit der Kulturmittler besser beurteilen und messen zu können. Ein wesentlicher Bestandteil hierfür ist dabei die verbesserte, zeitnahe Erfassung und Darstellung der Ausgaben der AKBP.

Parallel dazu arbeitet eine Arbeitsgruppe unter Federführung des BMBF an der Entwicklung einer Zuwendungsdatenbank, in der ab 2005 alle Aufwendungen des Bundes, u. a. im Bereich der AKBP, erfasst werden sollen. Diese Datenbank könnte der Bundesregierung zur verbesserten Steuerung der AKBP-Programme insgesamt dienen. Darüber hinaus könnten Doppelförderungen leichter vermieden werden und Zuständigkeitsabgrenzungen genauer erfolgen.

II. Arbeitsbereiche der AKBP

1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch

a. Internationale Rahmenbedingungen

Die zunehmende internationale Orientierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland ist im Kontext der internationalen, insbesondere der europäischen Entwicklungen in diesem Bereich zu sehen. In diesem Zusammenhang steht der so genannte Bologna-Prozess. Sein Ziel ist es, einen Europäischen Hochschulraum bis zum Jahr 2010 zu schaffen. Ausgangspunkt war die Sorbonne-Erklärung, in der sich die für Hochschulbildung zuständigen Minister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands am 25. Mai 1998 verpflichtet hatten, einen gemeinsamen Rahmen zur Förderung der Mobilität im Studium und zur Anerkennung der akademischen Abschlüsse im Ausland zu schaffen.

Daran anknüpfend verabschiedeten 29 europäische Bildungsminister am 19. Juni 1999 in Bologna eine Gemeinsame Erklärung zur Errichtung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010. In Deutschland stehen die Ziele der Bologna-Erklärung im Einklang mit den Bestrebungen des Bundes und der Länder um eine Modernisierung des Hochschulwesens und eine Stärkung seiner internationalen Attraktivität. Der Europarat hat sich dem Bologna-Prozess als Beobachter angeschlossen, auch weltweit gewinnt er zunehmend die Aufmerksamkeit von Regierungen und Hochschulen.

Auf der letzten Folgekonferenz in Berlin haben die nunmehr 40 Teilnehmerstaaten am 19. September 2003 mit dem Berlin-Kommuniqué ein umfangreiches Arbeitsprogramm festgelegt, dessen Umsetzung auch in Deutschland erheblich an Dynamik gewonnen hat und durch Maßnahmen wie der Einrichtung einer Servicestelle Bologna flankiert wurde. Als Informationsplattform für den Bologna-Prozess wurde die website www.bologna-berlin2003.de eingerichtet.

b. Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich – Hochschulmarketing

Grundvoraussetzungen für eine weitere Vertiefung und den Erfolg von internationaler Zusammenarbeit und akademischem Austausch sind die weitere Internationalisierung der deutschen Hochschulen sowie die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Am 22. Juni 2001 hat sich deshalb unter dem Dach der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die

„Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ konstituiert. Sie hat sich drei Aufgaben gesetzt: eine internationale Werbekampagne für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland durchzuführen, die deutschen Bildungs- und Forschungsangebote international wettbewerbsfähiger zu machen und die Betreuungs- und Wohnraumsituation sowie die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende und Wissenschaftler zu verbessern.

Im Jahr 2003 hat die „Konzertierte Aktion“ 16 Leistungsschauen deutscher Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen begleitet von Werbekampagnen mit dem Slogan „Hi! Potentials! International careers made in Germany“ in 12 Ländern durchgeführt. Hinzu kamen 75 Präsentationen auf so genannten „kleinen“ Hochschulmessen. Das eigens konzipierte Internetportal www.campus-germany.de, das über Studium, Forschung und berufliche Bildung sowie über das Leben in Deutschland informiert, verzeichnete 2003 über 12 Millionen Zugriffe. Ansonsten verständigte sich die „Konzertierte Aktion“ darauf, die Diskussion und Meinungsbildung im Wesentlichen auf folgende Themen zu konzentrieren: Verbesserung der Binnenstruktur der Hochschulen im Hinblick auf die Internationalisierung, die qualitätsorientierte Auswahl ausländischer Studierender, Finanzierungsinstrumente des Ausländerstudiums und die Verbesserung der Möglichkeiten des Erlernens der deutschen Sprache im Ausland.

Die Maßnahmen der „Konzertierten Aktion“ greifen: die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten (so genannte Bildungsausländer) ist im Wintersemester 2003/2004 im Vergleich zum Vorjahr um 10,5 Prozent gestiegen, gegenüber 2000 sogar um 43,5 Prozent. Absolut gesehen stieg die Zahl der „Bildungsausländer“ an deutschen Universitäten zwischen 2000 und 2003 von ca. 126 000 auf ca. 180 000. Internationale Spitzenkräfte im Bereich von Forschung und Lehre konnten insbesondere im Rahmen der bewährten Programme der AvH und des DAAD gewonnen werden.

Ein zentraler Faktor für die Attraktivität eines Studienstandorts ist die gute fachliche und soziale Betreuung der ausländischen Studierenden. Zu diesem Zwecke stellte das Auswärtige Amt den deutschen Hochschulen und Studentenwerken über den DAAD im Jahr 2003 insgesamt rund 8 Mio. Euro zur Verfügung.

Im Rahmen der „Zukunftsinitiative Hochschule“ konnten deutsche Hochschulen weltweit Studienangebote im Ausland entwickeln. Damit werben sie zugleich für die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft. Hochschulen anderer Länder sind mit solchen „off shore“-Gründungen bereits auf dem internationalen Markt vertreten. Das BMBF-DAAD-Programm „Export deutscher Studiengänge“ stellte für die Jahre 2001 bis 2003 rund 10 Mio. Euro als Starthilfe für die Einrichtung deutscher Studienangebote im Ausland zur Verfügung. Damit werden die Personal- und Mobilitätskosten der deutschen Hochschu-

len beim Aufbau der Studiengänge finanziert. Es wird erwartet, dass diese Studienangebote – in der Regel in Kooperation mit einem Partner im Ausland – zu einer stetigen Einrichtung im Ausland entwickelt werden und sich finanziell mittelfristig selbst tragen. Ein Beispiel für den Erfolg des Konzepts ist die Anfang Oktober 2003 eröffnete German University in Kairo, die zwar aus dem Exportprogramm gefördert, aber substantiell durch ägyptisches Kapital finanziert wird. Neu hinzugekommen ist das Projekt der Gründung einer staatlichen Fachhochschule in Jordanien, die zum Wintersemester 2005 ihren Betrieb aufnehmen soll. Das Programm wird im Rahmen des Normalhaushalts des BMBF ab 2004 unter dem Namen „Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ in gleicher Höhe fortgesetzt.

Beispiel: Deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich ist von höchster Intensität. So bestehen derzeit z. B. 1 953 bei der HRK registrierte deutsch-französische Hochschulkooperationen. Und nur mit Frankreich unterhält Deutschland mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) eine binationale Universität. In Zusammenarbeit mit 133 quer über beide Länder verteilten Partnerhochschulen bietet die DFH mit Verwaltungssitz in Saarbrücken 115 integrierte Studiengänge verschiedenster Fachrichtungen an, in die zurzeit rund 5 000 Studierende eingeschrieben sind. Während des Studiums ist ein mindestens dreisemestriger Aufenthalt im Partnerland obligatorisch. Erfolgreiche Absolventen erhalten ein deutsches und ein französisches („Doppel-“)Diplom. Die DFH ist eine zwischenstaatliche Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des deutsch-französischen Regierungsabkommens vom 19. September 1997 („Weimarer Abkommen“). Im Jahre 2003 hat sie sich gemäß Artikel 3 Abs. 2 dieses Abkommens für Kooperationen mit Hochschulen aus europäischen Drittländern geöffnet und bietet künftig 10 trinationale Studiengänge an. Darüber hinaus verstärkte die DFH ihr Engagement im Bereich der Postgraduierten- und Forschungsförderung.

Die Deutsch-Französische Hochschule zeichnet auch verantwortlich für das Deutsch-Französische Forum, eine zwei Tage dauernde, jährlich in Straßburg veranstaltete Messe, auf der sich Unternehmen und Hochschulabsolventen sowie Hochschulen und Abiturienten beider Länder treffen. Als Mischform aus Hochschulmesse und Stellenbörse erleichtert das Forum Studierenden aus deutsch-französischen Studiengängen den Einstieg ins Erwerbsleben und wirbt bei Abiturienten für deutsch-französische Studienangebote. Unternehmen und Institutionen bietet es eine Plattform zur Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs. Es übermittelt die Botschaft, dass die Kenntnis der Partnersprache eine entscheidende Zusatzqualifikation auf dem Arbeitsmarkt darstellt.

Zwischen 6 000 und 7 000 Interessenten besuchten das am 24./25. Oktober 2003 durchgeführte 5. Deutsch-Französische Forum. Seine Webseite (www.deutsch-franzoes-forum.org) wurde 2003 über 100 000 Mal aufgerufen. 2 530 Bewerber stellten ihre Dossiers in die eigens zum Forum erstellte und für teilnehmende Unternehmen und Institutionen zur Einsicht geöffnete Bewerberdatenbank ein. 39 Unternehmen, 105 Hochschulen und 21 Mittlerorganisationen vor allem aus Deutschland und Frankreich, aber auch aus Österreich, der Schweiz und Luxemburg, waren mit Ständen vertreten.

c. Internationale Zusammenarbeit durch akademischen Personenaustausch (Stipendien)

Ein Schwerpunkt der AKBP im Bereich Wissenschaft und Hochschulen neben der Hochschulkoooperation sind Stipendienprogramme, die für Studierende, Graduierte, Wissenschaftler und Dozenten vor allem vom DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung betreut werden. Die große Resonanz auf die im Rahmen der Zukunftsinitiative Hochschule ausgeschriebenen Preise zur Förderung von Wissenschaftlern aus dem Ausland hat gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein attraktiver Hochschul- und Forschungsstandort ist. Die Preise werden teilweise weiter ausgebaut.

Dabei gilt es einerseits, im weltweiten Wettbewerb die besten Wissenschaftler für eine Forschungstätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Andererseits wird mit diesen Programmen ein Beitrag zur wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partnerländer und damit zu ihrer Stabilität geleistet.

Möglichst alle Weltregionen werden in die Zusammenarbeit einbezogen. Internationaler Austausch darf nicht zu Lasten einiger Länder gehen. Das gilt u. a. in unserem Verhältnis etwa zu Osteuropa oder Entwicklungsländern. 2002 wurde die Initiative „Go East“ gestartet, die mehr Gleichgewicht in den Austausch zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten bringen soll. Die große Nachfrage nach Stipendien und Förderung von Studierenden aus dem Ausland übertraf das Angebot bei weitem, während das Interesse deutscher Studierender insbesondere an Studienprogrammen in Osteuropa weiter gefördert werden sollte. Gleichzeitig ist eine generelle Kampagne zum Auslandsstudium geplant.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft pflegt neben ihren breit gefächerten Aufgaben auch die Verbindungen zur Wissenschaft im Ausland. Sie bietet z. B. die Möglichkeit, europäische Graduiertenkollegs einzurichten, in deren Rahmen Hochschullehrergruppen einer deutschen Universität gemeinsam mit Kollegen anderer Hochschulen innerhalb Europas eine thematische Kooperation eingehen können.

d. Internationalisierung von Studiengängen

Um die Schaffung innovativer internationaler Studiengänge an deutschen Hochschulen anzuregen und zu beschleunigen, hat die Bundesregierung das Demonstrationsprogramm „International ausgerichtete Studiengänge“ initiiert, das sich unmittelbar an die Hochschulen wendet. Die aus Mitteln des Programms zu fördernden Studiengänge wurden in bundesweitem Wettbewerb ausgewählt. Es sind Bachelor- und Masterstudiengänge vor allem in wirtschafts-, natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie kultur- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen. Die Studiengänge werden zumindest in den ersten Semestern in englischer Sprache angeboten. Für diese Studiengänge konnten die Hochschulen in den meisten Fällen je zur Hälfte in- und ausländische Studierende gewinnen.

Das Demonstrationsprogramm, das vom DAAD und der HRK umgesetzt wird, ist bis zum Jahre 2006 ausgelegt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt dafür insgesamt rund 41 Mio. Euro bereit. Damit wird die Einrichtung von insgesamt 62 neuen internationalen Studiengängen (22 an Fachhochschulen, 42 an Universitäten, davon 2 Kooperationen) gefördert. Für die einzelnen Studiengänge stehen Fördermittel von jeweils bis zu 510 000 Euro zur Verfügung.

Die Demonstrationsprojekte haben große Resonanz gefunden und die Schaffung neuer internationaler Studiengänge an Hochschulen in Deutschland in Schwung gebracht. Nach Angaben der HRK gibt es an deutschen Hochschulen derzeit bereits 946 Bachelor- und 1 031 Masterstudiengänge, Tendenz steigend.

e. Kooperationsprogramme mit entwicklungs-politischer Ausrichtung

Zur Lösung der Entwicklungsprobleme in Kooperationsländern werden akademische Führungskräfte vor Ort benötigt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) fördert im Rahmen der Wissenschafts- und Hochschulkoooperation die Qualifizierung akademischer Fach- und Führungskräfte in entwicklungsrelevanten Sektoren und die Anbindung der Kooperationsländer an globale Wissensnetze. Für Programme des DAAD, der AvH und der DFG wurden 2003 insgesamt rund 24,67 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit förderte das BMZ im Jahre 2002 Hochschulbildung mit 5,43 Mio. Euro. (Angaben für 2003 liegen noch nicht vor.)

Über den DAAD wird z. B. das Sur Place/Drittlandstipendienprogramm gefördert, das vorwiegend der Aus- und Fortbildung des Hochschullehrernachwuchses an ausgewählten Hochschulen in Heimat- oder Drittländern der Region dient (2003: rund 4,5 Mio. Euro). An deutschen Hochschulen wurden entwicklungsländerbezogene Aufbaustudiengänge eingerichtet (2003: rund 8,4 Mio. Euro). Seit 1997 werden über den DAAD Partnerschaften deutscher Hochschulen mit Hochschulen in Entwicklungsländern gefördert (2003: rund 1,1 Mio. Euro). Mit der AvH werden Forschungsstipendien-Programme durchgeführt,

wie z. B. das Georg-Forster-Forschungsstipendienprogramm, das hoch qualifizierte Wissenschaftler aus Entwicklungsländern bei der Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben in Deutschland, die sich mit entwicklungsrelevanten Themen befassen, unterstützt (2003: rund 2,1 Mio. Euro). Über die DFG werden Forschungsk Kooperationen zwischen deutschen Forschungseinrichtungen und entsprechenden Einrichtungen in Entwicklungsländern gefördert (2003: rund 750 000 Euro).

Zur Intensivierung der Kontakte mit den ehemaligen Stipendiaten wird über den DAAD das Programm für die Nachbetreuung der Ehemaligen (Alumni) gefördert. Mit der „Alumni-Datenbank Entwicklungsländer“ soll die Möglichkeit geschaffen werden, diese verstärkt als Ansprechpartner für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen der deutschen Exportwirtschaft zu gewinnen (2003: rund 1,4 Mio. Euro).

Zur Einbeziehung der bisher noch nicht optimal erreichten Absolventengruppe (ost-)deutscher Hochschulen aus den Partnerländern der ehemaligen DDR hat der DAAD im Jahr 2003 an vier deutschen Hochschulen Sommerhochschulen mit insgesamt 276 300 Euro gefördert.

Im Rahmen der Nachbetreuungsmaßnahmen unterstützen DAAD und AvH ihre ehemaligen Stipendiaten nach Rückkehr in ihr Heimat- oder Umzug in ein Drittland mit Fachliteratur und Gerätespenden und tragen so zum Erhalt langfristiger Bindungen an Deutschland bei.

Das BMZ-Programm „Länderbezogene Stipendien für Nachwuchswissenschaftler aus fortgeschrittenen Entwicklungsländern“ richtet sich an junge Ingenieure aus Lateinamerika und Asien. Dabei stellen ausländische Förderorganisationen oder die beteiligten Hochschulen Stipendien für bis zu 13-monatige Studienaufenthalte in Deutschland bereit (2003 insgesamt fast 500 Aufenthalte). Der DAAD übernimmt in der Regel die Kosten für Sprachkurse und Betreuung.

Bei den im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Programmen im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulkooperation wird der personelle und infrastrukturelle Auf- und Ausbau wissenschaftlichen Potenzials in Hochschulen und Forschungszentren in den Kooperationsländern selbst unterstützt. Zunehmend wird dabei auch auf den Aufbau von Kooperationsnetzwerken zwischen den beteiligten Entwicklungsländern und Maßnahmen der Qualitätssicherung in Lehre und Forschung vor Ort geachtet.

2. Auslandsschulwesen

Das Auslandsschulwesen ist ein zentrales Element der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die Deutschen Auslandsschulen sind Orte der Begegnung und des interkulturellen Dialogs. Durch sie entstehen Netzwerke, auf die sich Politik, Exportwirtschaft und Kultur stützen können. Zugleich stärken sie den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland.

Um dieses Potenzial besser auszuschöpfen, bieten das Auswärtige Amt und der DAAD den leistungsstärksten

ausländischen Absolventen dieser Schulen seit 2001 Vollstipendien für ein Hochschulstudium in Deutschland an. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass diese Studierenden zu den Besten ihrer Jahrgänge zählen.

Private Trägervereine führen die Schulen eigenverantwortlich. Durch Schulgelder und Spenden erbringen sie erhebliche Eigenleistungen. Über den Schul- (2003: 179,8 Mio. Euro) und anteilig über den Baufonds (2003: 10,6 Mio. Euro) werden 117 Auslandsschulen (davon 48 Begegnungsschulen, 44 deutschsprachige Schulen und 25 landessprachige Schulen mit verstärktem Deutschunterricht) mit 70 000 Schülern (davon 53 000 nichtdeutscher Nationalität) ergänzend unterstützt. Über Lehrerentsendeprogramme, vornehmlich in MOE/GUS, werden weitere 180 000 Schüler an 370 Schulen im ausländischen Bildungswesen erreicht, weltweit somit 250 000 Schüler. Über Sondermittel hat sich das Auslandsschulwesen 2003 erfolgreich am Bildungsbereich der Sonderprogramme Stabilitätspakt Südosteuropa, Afghanistan (Wiederaufbau der Amani-Oberrealschule und des Durani-Mädchenschulwesens) und Dialog mit dem Islam beteiligt.

Das deutsche Auslandsschulwesen in Zahlen

- 117 deutsche Auslandsschulen erreichen rund 70 000 Schüler, davon 53 000 nichtdeutscher Nationalität.
- Lehrerentsendeprogramme erreichen vornehmlich in MOE/GUS rund 180 000 Schüler an 370 Schulen.
- Rund 1 900 deutsche Lehrer sind im Ausland tätig.
- Die Schulen finanzieren sich zu einem erheblichen Anteil durch Schulgelder und Spenden.
- 2003 förderte das Auswärtige Amt das Auslandsschulwesen mit 190,4 Mio. Euro.

An den Auslandsschulen waren 2003 rund 1 300 Lehrkräfte tätig. Weitere 190 Lehrkräfte arbeiteten an 12 Europäischen Schulen in EU-Mitgliedstaaten, 420 (davon 180 Landesprogrammlehrkräfte) im Rahmen des Lehrerentsendeprogramms MOE/GUS. Insgesamt sind rund 1 900 aus Mitteln der AKBP finanzierte deutsche Pädagogen im Ausland tätig.

Von der Haushaltskonsolidierung blieben die Auslandsschulen nicht ausgenommen: 1999 bis 2002 sank der Mittelansatz des Schulfonds von 194,1 auf 174,8 Mio. Euro. Dank breiter Unterstützung im Deutschen Bundestag wuchs der Schulfonds 2003 wieder um 5,145 Mio. Euro auf rund 180 Mio. Euro an.

Die Förderung jeder Schule wurde den Kürzungsbeschlüssen flexibel angepasst. Schließungen haben die Träger vermieden; sie sind auch nicht geplant; interne Umstrukturierungen und verstärktes Setzen auf Eigenbeiträge der Schülereltern wahren Qualität und Substanz des Unterrichts. Insbesondere kleinere Schulen haben aber

die Einspargrenze erreicht. Über gekürzte und nachfragebezogene Auslandszulagen und pauschalierte Nebenleistungen haben die Lehrkräfte ihren Beitrag zu den Einsparungen geleistet.

Unter anderem wurden 2003 folgende Einzelmaßnahmen betrieben, damit die Schulen innovativ und wettbewerbsfähig bleiben und eine zukunftssichere Ausbildung anbieten:

- Einführung internationaler Abschlüsse (Internationales Baccalaureat) an 13 Schulen ab Schuljahr 2003 bzw. 2003/2004;
- Ausweitung des Sprachdiploms der KMK (2003: über 14 000 Diplome);
- Übergang zur Reifeprüfung nach 12 anstelle von 13 Schuljahren in vielen Schulen (ggf. in Verbindung mit einheimischen Abschlüssen). Rund 1 900 Schüler erwerben jährlich das Zeugnis der Hochschulreife;
- Ausbau von Eurocampus-Schulen (Kooperation von Auslandsschulen europäischer Träger in Drittländern: z. B. Dt.-franz. Eurocampus Manila, dt.-brit.-franz. Campus in Taipei);
- Vertiefung der von gemeinsamen Interessen bestimmten Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft: Auslandsschulen sind für die Entscheidung von Familien durch die Unternehmen entscheidend. Angebot und Nachfrage im Auslandsschulwesen sind flexibel auf Schwerpunktverschiebungen nicht zuletzt der Wirtschaft abgestimmt, die weiter auf ein umfassendes Schulnetz zählen kann.

Das Auslandsschulwesen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Koordinierendes Gremium ist der „Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland“ (BLASchA). An Auslandsschulen vermittelte Lehrkräfte kommen überwiegend aus dem innerdeutschen Landesschuldienst. Die Abschlüsse deutscher Auslandsschulen sind den im Inland abgelegten Abschlüssen gleichgestellt. Bund und Länder sind sich einig, dass Auslandsschulen und Lehrervermittlung Investitionen sind, die mit hoher Wertsteigerung nach Deutschland zurückfließen. Administrativ und konzeptionell unterstützt wird das Auswärtige Amt vom Bundesverwaltungsamt/Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, das die Schulen pädagogisch, personell und finanziell betreut.

Das Auswärtige Amt initiiert Austauschaktivitäten im Schulbereich und fördert internationale Kontakte von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Fremdsprachenassistenten und Schulen. Verantwortlich für die Durchführung ist der Pädagogische Austauschdienst (PAD) der KMK, der Mittel vom Auswärtigen Amt, den Ländern und der EU erhält.

Im Rahmen von Schulpartnerschaften u. a. mit den USA, den MOE/GUS-Staaten, Israel und den palästinensischen

Gebieten hat das Auswärtige Amt 2003 über 17 000 deutsche (nur beim „German-American Partnership Program“) und ausländische Schülerinnen und Schüler gefördert. Das 2000 eingerichtete „Johannes-Rau-Stipendium“, ein Sonderprogramm für 20 Schülerinnen und Schüler aus Israel, wurde 2003 erfolgreich fortgesetzt und auch 2004 wieder landesweit ausgeschrieben. Außerdem waren das Internationale Preisträgerprogramm, das Sonderprogramm Studienstandort Deutschland, das Fremdsprachenassistentenprogramm und das Sonderprogramm „Wir lernen uns kennen“ im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs bedeutende Foren der Begegnung. Im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs initiierte das Auswärtige Amt Schulpartnerschaften mit ausländischen Schulen.

Weitere Programme sind das Lehreraustauschprogramm, das Weiterbildungsprogramm für Ortskräfte an deutschen Auslandsschulen, Hospitationen und Fortbildungskurse für deutsche und ausländische Lehrer (2003 rund 1 000 Teilnehmende).

Auch 2003 fand das vom PAD durchgeführte „Lehrerinnenprogramm“ statt, das 2001 im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs eingeführt wurde und sich an hochrangige Multiplikatorinnen aus islamisch geprägten Ländern richtet. Es wurde 2004 fortgesetzt.

Darüber hinaus ist der PAD seit 1995 im Auftrag der Länder als Nationale Agentur für das SOKRATES-Programm der EU im Schulbereich mit der Umsetzung der EU-Programme COMENIUS und LINGUA (schulbezogene Maßnahmen) beauftragt (vgl. Kapitel II.9.a.).

3. Berufliche Bildung und Weiterbildung

Zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik kann heute nicht mehr ohne die Einbeziehung europäischer und internationaler Entwicklungen gestaltet werden. Dabei kommt der grenzübergreifenden Kooperation in der Europäischen Union besondere Bedeutung zu (siehe Kapitel II.9.a.). Aber auch über die EU hinaus hat sich in den letzten Jahren die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung intensiviert. In vielen Teilen der Welt ist ein wachsendes Interesse an einer Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich feststellbar.

Knapp 11 000 junge Deutsche sammeln über das europäische Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI jährlich Lern- und Arbeitserfahrungen im europäischen Ausland. Deutschland war damit in diesem Rahmen 2003/2004 besonders erfolgreich.

Die Bundesregierung fördert zusätzlich bilaterale Austauschprogramme mit Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen und hat dafür 2003 insgesamt annähernd 3 000 junge Deutsche gewonnen. 2003/2004 wurden darüber hinaus engere Kooperationen mit Polen und der Türkei vereinbart. Mit Frankreich (2003) und mit Österreich (2004) wurde vereinbart, Berufsbildungsabschlüsse vergleichbar zu machen.

In den Grenzregionen starten die Bundesregierung und die Europäische Kommission ab 2004 neue Ansätze für

eine grenzüberschreitende Ausbildung junger Auszubildender.

Im Rahmen der deutsch-niederländischen Arbeitsgruppe Berufliche Bildung ist die Bundesregierung eng bei der Vorbereitung der niederländischen Ratspräsidentschaft beteiligt, die einen inhaltlichen Schwerpunkt in der beruflichen Bildung in der EU setzen wird.

Über Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland berät seit 1987 die im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingerichtete Informations- und Beratungsstelle zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland (IBS) bei der InWent GmbH. Im Auftrag der Bundesregierung bietet InWent GmbH („Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH“, hervorgegangen aus der Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung) zahlreiche Aus- und Weiterbildungsprogrammen an, die zu Mobilität und Verständigung in Europa beitragen.

Die Arbeitsstelle iMOVE (International Marketing of Vocational Education) für das internationale Marketing in der beruflichen Bildung trägt als Teil der „Konzertierten Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ zur Stärkung des deutschen Aus- und Weiterbildungsstandorts und deren Anbieter im internationalen Wettbewerb bei. Im Juli 2003 organisierte das BMBF gemeinsam mit iMOVE die Konferenz „Exportartikel Bildung“ in Berlin, auf der Bundesministerin Edelgard Bulmahn und Siemens-Chef Dr. Heinrich von Pierer die Bedeutung des Marketings beruflicher Bildung deutscher Machart unterstrichen und deutsche Anbieter beruflicher Aus- und Weiterbildung aufforderten, auf dem internationalen Markt der Bildungsdienstleistungen mit „Training made in Germany“ aktiver zu werden. iMOVE führt weiterhin Seminarreihen zur Fortbildung deutscher Weiterbildungsanbieter zur Internationalisierung durch und organisierte in den Jahren 2003/2004 Delegationsreisen mit deutschen Weiterbildungsanbietern nach China, Indien, in den Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Thailand und die baltischen Staaten. Seit Anfang 2004 bietet iMOVE unter www.imove-germany.org die erste siebensprachige Weiterbildungsdatenbank an.

4. Deutsche Sprache

Die Deutschförderung im Ausland ist eine Kernaufgabe der AKBP. Neben den explizit für diesen Zweck bestimmten Projektmitteln dienen u. a. auch die Lehrerentsendeprogramme, die Entscheidung der Fachberater des GI und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und der derzeit 466 DAAD-Lektoren diesem Ziel.

Das Interesse an der deutschen Sprache hat sich in den letzten zehn Jahren weltweit leicht positiv entwickelt, mit deutlich unterschiedlichen regionalen Ausprägungen. Die größte Zahl von Deutschlernenden ist weiterhin in den Staaten der GUS, insbesondere in Russland sowie in Mittel- und Osteuropa, dort vor allem in Polen, zu finden.

Vor allem in den südosteuropäischen Ländern steigt das Interesse an Deutsch. In den USA hat sich das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache stabilisiert. In Frankreich und den meisten westeuropäischen Ländern nimmt das Interesse an Deutsch derzeit tendenziell eher ab, wobei die Bundesregierung versucht, diesen Trend insbesondere in Frankreich durch eine innovative Werbekampagne wieder umzukehren (siehe Vorjahresbericht, Kapitel II.4.).

Zentrales Ziel der Spracharbeit in Europa ist die Stärkung von Deutsch im Rahmen von Mehrsprachigkeitskonzepten. Vorrangig ist das Ziel der Verankerung von Deutsch als zweiter Fremdsprache. Schwerpunkte der Arbeit sind insbesondere der MOE-Raum und Frankreich.

Die Verbesserung der Deutsch- bzw. der Französischkenntnisse ist als wichtiges Ziel in der Gemeinsamen Erklärung von Deutschland und Frankreich zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags im Januar 2003 genannt und wurde seither von mehreren hochrangigen Treffen aufgegriffen. Zuletzt war diese Frage ein Schwerpunktthema des Deutsch-Französischen Ministerrats am 26. Oktober 2004 in Berlin. Wir unternehmen daher in Frankreich besondere Anstrengungen, den Negativtrend der vergangenen Jahre beim Deutschunterricht umzukehren. Große Hoffnungen setzen wir dabei in kreative und innovative Projekte, z. B. in die 2003 konzipierte und am Deutsch-Französischen Tag am 22. Januar 2004 angelaufene Werbekampagne zugunsten der deutschen Sprache und eines zeitgemäßen Deutschlandbildes an französischen Schulen. Auch das im Rahmen des Elysée-Jahrestags angestoßene Projekt eines gemeinsamen deutsch-französischen Geschichtsbuchs für die Oberstufe, das bis zum Frühjahr 2006 fertig gestellt sein soll, wirbt in besonderer Weise für mehr Interesse an Partnerland und Partnersprache.

Das Auswärtige Amt fördert im Rahmen eines Sonderprogramms in den USA und Kanada Projekte, die für die deutsche Sprache werben oder den schulischen Deutschunterricht unterstützen. Amerikanische Sozialkundelehrer erhalten im Rahmen des im April 2002 von der Deutschen Bank, vom Auswärtigen Amt, vom Bundespressesamt und vom GI gegründeten „Transatlantic-Outreach-Program (TOP)“ Gelegenheit, sich über das moderne Deutschland zu informieren und während einer Deutschlandreise eigene Eindrücke zu sammeln.

Die GI-Sprachkurse im Ausland erreichten 2003 insgesamt rund 151 000 Personen. Die wirtschaftliche Lage vieler Sprachkursbetriebe hat sich in den letzten Jahren weiter verbessert, sodass der Zuschussbedarf noch einmal erheblich gesenkt werden konnte (siehe Kapitel I.3.b.) An vielen Standorten ist das Ziel der vollen Kostendeckung bereits erreicht oder zumindest in greifbarer Nähe.

Ein großer Teil der vom Bundesministerium des Innern für die Förderung der deutschen Minderheiten in der Russischen Föderation und der GUS eingesetzten Mittel wurde für die Sprachförderung verwendet.

Fehlende Deutschkenntnisse sind ein wichtiger Hinderungsgrund für ein Studium in Deutschland. Die Mög-

lichkeiten, im Ausland Deutsch zu lernen, kann daher die Zahl ausländischer Studienbewerber steigern helfen. Darüber hinaus ist es wichtig, eine einheitliche Deutschprüfung anzubieten, die im Ausland abgelegt werden kann und bei deren Bestehen die sprachlichen Bedingungen für eine Zulassung an einer deutschen Hochschule erfüllt sind. Mit dem TestDaF (Deutsch als Fremdsprache) steht eine solche Prüfung zur Verfügung. An den sieben Prüfungsterminen 2003, darunter zwei in China, nahmen über 7 500 Kandidaten teil. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 110 Prozent. Inzwischen sind in 78 Ländern annähernd 310 Testzentren lizenziert.

Dass der Tätigkeitsbereich der Sprachförderung eine wichtige Rolle auch im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs spielen kann, zeigt das Beispiel der Deutschkurse für türkische Imame.

Beispiel Europäisch-Islamischer Kulturdialog: Deutschkurse für türkische Imame

Das Projekt „Intensivsprachkurse für türkische Imame mit landeskundlichem Programm“ geht auf das Kooperationsinteresse des staatlichen türkischen Amtes für Religiöse Angelegenheit Diyanet zurück. Als Kooperationsprojekt zwischen dem türkischen Außenministerium, dem Diyanet, dem GI und der deutschen Botschaft Ankara startete im Mai 2002 in Ankara der erste Sprachkurs für Imame, die im Auftrage des Diyanet zur Betreuung türkischer Muslime nach Deutschland entsandt wurden. Die Kosten wurden je zur Hälfte vom Auswärtigen Amt und dem Diyanet getragen. Der Erfolg dieses Sprachkurses und das beiderseitige Interesse an weiterer Zusammenarbeit sind so groß, dass dieses Programm mit noch stärkerer Intensität fortgesetzt und durch Folgeveranstaltungen in Deutschland ergänzt wird.

Das aus integrationspolitischer Sicht wichtige Projekt ist nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland auf sehr positive Resonanz gestoßen. Es bietet die außergewöhnliche Chance, Imame als wichtige Multiplikatoren vor Dienstaufnahme in ihrer türkischen Gemeinde in Deutschland sprachlich auszubilden und für die kulturelle Besonderheit der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland nachhaltig zu sensibilisieren.

Längerfristig verspricht das Projekt nicht nur positive Einflüsse auf den Integrationsprozess, sondern auch eine konfliktpräventive Wirkung im Sinne der Förderung des interreligiösen Verständnisses und der Abwehr extremistischer Bestrebungen in Deutschland durch Aufklärung.

Die Mehrsprachigkeit in den europäischen Institutionen sicherzustellen, ist ein Ziel der Bundesregierung. Sie verfolgt dieses Ziel u. a. gemeinsam mit Frankreich. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der Status der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen zu-

mindest gehalten wird. Um die Zahl der deutsch sprechenden Mitarbeiter in europäischen Institutionen auszuweiten, hat das GI im Jahr 2003 u. a. sechs Deutschkurse für EU-Bedienstete sowie für Beamte aus EU-Beitrittsländern in Deutschland angeboten. Diese Sprachkurse erfreuen sich großer Nachfrage.

5. Kulturelle Programmarbeit

Die kulturelle Programmarbeit in den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Theater und Tanz gehört zum Kernbereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie vermittelt im Ausland ein aktuelles Bild vom vielfältigen künstlerischen Leben und Schaffen in Deutschland und präsentiert unser Land als kreativen Kulturstandort in Europa.

Im Haushaltsjahr 2003 standen dem Auswärtigen Amt für Projekte der kulturellen Programmarbeit 12,6 Mio. Euro zur Verfügung. Davon wurden rund 10 Mio. Euro den zuständigen Mittlerorganisationen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt zugewiesen, davon dem GI ca. 7,3 Mio. Euro (für Musik, Theater, Tanz und Ausstellungsprogramm) und dem ifa ca. 2,6 Mio. Euro (für Ausstellungen und Künstleraustausch).

Beispiel: Kunstbiennale Venedig

Die 50. Kunstbiennale Venedig vom 14. Juni bis 2. November 2003 war ein zentrales Forum des internationalen Kulturaustausches im Bereich der Bildenden Kunst für 2003. Das Auswärtige Amt förderte den offiziellen deutschen Beitrag (Kurator: Dr. Heynen) mit Werken von Candida Höfer und Martin Kippenberger mit insgesamt 250 000 Euro. Auf Anregung und mit Förderung des Auswärtigen Amtes wurde zum Ende der Biennale am 27. Oktober vom GI Rom, der französischen Botschaft Rom und der Biennale-Verwaltung ein deutsch-französisches Kolloquium „Globalisierung – kulturelle Identität – zeitgenössische Kunst“ veranstaltet, das hochrangige Vertreter beider Außenministerien, renommierte Vertreter der Künste, der Philosophie und der Wirtschaft zusammenführte. Sie erörterten die Wechselwirkungen zwischen Globalisierung und zeitgenössischem Kunstschaffen.

Die vom Auswärtigen Amt unmittelbar betriebene Förderung zielt insbesondere darauf, wichtige Maßnahmen zu realisieren, die von den Mittlern nicht in ihre Programme aufgenommen werden können.

Neben der Präsentation deutscher Kunst im Ausland bildet der Dialog mit Vertretern ausländischer Kulturen die zweite wichtige Aufgabe kultureller Programmarbeit. Kulturarbeit führt nur dann zu einem tieferen Verständnis füreinander, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht. Nach dem Konzept der kulturellen „Zweibahnstraße“ stellte das Auswärtige Amt 2003 rund 1,3 Mio. Euro, meist über GI bzw. ifa, für die Durchführung von Kulturvorhaben aus Entwicklungs- und Transformationsländern in Deutschland

oder die Beteiligung von Künstlern aus diesen Staaten an Kulturveranstaltungen bereit, die sonst aufgrund unzureichender Ressourcen nicht stattfinden würden oder am Kulturaustausch nicht teilnehmen könnten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Afrika-Festival in Würzburg.

Beispiel: Afrika-Festival Würzburg

Das Afrika-Festival in Würzburg ist inzwischen das größte Festival für afrikanische Musik und Kultur in Europa. Es gibt den Besuchern Gelegenheit, sich über Kultur im engeren Sinne hinaus auch mit politischen und entwicklungspolitischen Fragestellungen auseinander zu setzen. Seit Jahren unterstützt das Auswärtige Amt die Anreise afrikanischer Musiker zum Festival (2003: 40 000 Euro). Anlässlich des Festival-Schwerpunktes „Touareg“ im Jahr 2003 hat es auch Aktivitäten des Fördervereins des Afrika-Festivals in Mali finanziell gefördert.

6. Druck- und audiovisuelle Medien

Programme zur kulturellen Arbeit im Bereich der Druck-, audiovisuellen und elektronischen Medien gehören zu den wichtigen Pfeilern der AKBP. Sie helfen beim Aufbau und der Fortentwicklung globaler Netzwerke und bei der Prägung eines modernen Deutschlandbildes im Ausland. Sie wecken Interesse und Sympathie für unser Land als Kulturstaat in Europa und in der Welt und verleihen wichtige Impulse, wenn es um Dialog, Konfliktprävention, Förderung von Demokratie und Pressefreiheit geht.

a. Druckmedien

Auch im Zeitalter der elektronischen Medien stellt die Herausgabe von Zeitschriften ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen interkulturellen Verständigung dar. Vor allem in Mittel- und Osteuropa sowie in den Staaten der GUS besteht hieran ein großes Interesse.

Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes werden vom GI, vom ifa und von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft folgende (Kultur-)Zeitschriften herausgegeben.

Vom Auswärtigen Amt geförderte Kulturzeitschriften:

- Kulturchronik: Synopse aktueller deutscher Kulturberichterstattung, Herausgeber GI; erschien sechsmal jährlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch; die Kulturchronik wurde Ende 2003 eingestellt und Anfang 2004 durch das Kulturjournal des GI abgelöst; es erscheint zweimal jährlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch.

- Humboldt: Regionalzeitschrift für Lateinamerika, Spanien und Portugal, Herausgeber: GI, erscheint dreimal jährlich in Spanisch und zweimal jährlich in Portugiesisch;
- Fikrun Wa-Fann: Regionalzeitschrift für den arabischen Raum, Herausgeber: GI, erscheint zweimal jährlich in Arabisch, Persisch (Farsi) und Englisch;
- Kafka: Regionalzeitschrift für Mittel- und Osteuropa, Herausgeber: GI, erscheint viermal jährlich in Deutsch, Polnisch, Tschechisch/Slowakisch und Ungarisch;
- Zeitschrift für Kulturaustausch: Fachzeitschrift für den internationalen Kulturaustausch der Bundesrepublik Deutschland, Herausgeber: ifa, erscheint viermal jährlich in Deutsch;
- Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin, Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin, erscheint zweimal jährlich in Deutsch und Polnisch.

Darüber hinaus wird eine große Anzahl von Broschüren, Faltblättern und Plakaten zum kulturellen Leben Deutschlands hergestellt. Insgesamt förderte das AA den Programmbereich Druckmedien/Zeitschriften mit 1,6 Mio. Euro.

Das Auswärtige Amt förderte gemeinsam mit der Ausstellungs- und Messe-GmbH des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels (AuM) die deutsche Beteiligung an 21 internationalen Buchmessen mit einem Zuschuss von rund 1,2 Mio. Euro.

Geförderte Buchmessenbeteiligungen 2003:

Baltische Buchmesse in Wilna, Beirut, Bologna, Book-Expo America in Los Angeles, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Expolangues Paris, Göteborg, Istanbul, Jerusalem, Kairo, Moskau, Prag, Seoul, Sofia, St. Petersburg, Taipe, Teheran, Toronto

Zwei weitere Buchmessen (Peking, Guadalajara) werden vom BMWA gefördert. Das Auswärtige Amt unterstützte die (weltweit größte) Frankfurter Buchmesse in verschiedenen Programmen, u. a. bei der Einladung von Verlegern und Autoren aus Entwicklungs- und Transformationsländern (insgesamt 257 000 Euro) und initiierte dort im Jahr 2003 auch die Einrichtung eines internationalen Zentrums als Joint Venture mit der AuM, an dem auch das GI, der DAAD, das Deutsche Archäologische Institut und weitere Mittler und Stiftungen beteiligt waren. Das internationale Zentrum hat sich als Ort der internationalen kulturellen Begegnung bewährt und wurde auch bei der Frankfurter Buchmesse 2004 wieder eingerichtet.

Das Auswärtige Amt förderte 2003 ferner vier Buchinformationszentren (Moskau, Bukarest, Warschau, Peking), das „German Book Office“ in New York und Programme zur Förderung der Übersetzung deutscher Literatur in

fremde Sprachen insbesondere über das GI (mit 437 000 Euro), Übersetzungen aus Sprachen der MOE/GUS (Literarisches Colloquium Berlin) sowie von Literatur aus Entwicklungsländern ins Deutsche (v. a. Gesellschaft zur Förderung von Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika; mit insgesamt 120 000 Euro).

Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes (rund 2,5 Mio. Euro) unterstützte das GI die Einrichtung von Lesesälen (56 in 24 Ländern, v. a. in Staaten in MOE und der GUS), und ermöglichte die Ausstattung von Bibliotheken mit einem umfassenden deutschsprachigen Angebot zum kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben. Das AA unterstützte ferner die Bibliothek des ifa als bedeutende Dokumentationsstelle der AKBP. DFG, GI und AuM gewährten mit Mitteln des Auswärtigen Amtes Bücher- und Zeitschriftenspenden für ausländische Bibliotheken, wissenschaftliche Institutionen und wichtige sonstige Multiplikatoren.

In der Öffentlichkeit besonders sichtbar war 2003 die Initiative „Bücher für den Irak“ des Auswärtigen Amtes.

Initiative „Bücher für den Irak“

Das Auswärtige Amt rief diese Initiative im Juli 2003 ins Leben. Erster praktischer Schritt ist die Wiederherstellung der germanistischen Bibliothek der Universität Bagdad, deren Bestand von etwa 15 000 Büchern durch Krieg und Plünderungen völlig zerstört worden war. Das GI hat hierfür bereits im Oktober 2003 zusammen mit dem Leiter der germanistischen Abteilung der Universität Bagdad eine Publikationsliste erstellt. Anhand dieser Liste riefen Auswärtiges Amt, GI und Börsenverein deutsche Verleger auf, die benötigten Bücher zu spenden. Die Aktion wurde im August 2004 mit der Übergabe von etwa 11 000 Büchern an die Bibliothek erfolgreich abgeschlossen.

Schließlich unterstützt das Auswärtige Amt den Austausch von Schriftstellern, Verlegern, Bibliothekaren, Buchhändlern und fördert damit den Dialog zwischen wichtigen Multiplikatoren.

b. Film

Das Medium Film ist besonders geeignet, das moderne Deutschland und seine Kulturlandschaft einem breiten Publikum im Ausland vor Augen zu führen und damit dem interkulturellen Dialog wichtige Impulse zu verleihen. 5,28 Mio. Euro standen 2003 für internationale Filmarbeit zur Verfügung.

Für den Vertrieb des deutschen Films und deutscher Fernsehprogramme fällt der AKBP insbesondere in jenen Regionen der Welt eine wichtige Aufgabe zu, deren wirtschaftliche Entwicklung wenig kommerzielle Ansätze erlaubt. Im Wesentlichen ist hier das GI als zuständige Mittlerorganisation tätig. Durchschnittlich laufen – von Goethe-Instituten und Auslandsvertretungen vermittelt – an jedem Tag 68,4 deutsche Filme im Ausland. Sie errei-

chen ein jährliches Publikum von ca. 1,5 Millionen Zuschauern. Neben der „klassischen“ Filmarbeit wie der Förderung von Filmvorführungen und -verleih oder der Teilnahme deutscher Regisseure an internationalen Filmfestivals sollen deutsche Spiel- und Dokumentarfilme durch verstärkte Ausstrahlung über ausländische Fernsehsender neue Zuschauerkreise gewinnen.

Daneben fördert das Auswärtige Amt die Präsentation ausländischer Filme bei deutschen Filmfestivals und – zur Unterstützung der persönlichen Begegnung und des Dialogs zwischen deutschen und ausländischen Filmschaffenden – auch die Einladung ausländischer Regisseure nach Deutschland.

c. Deutsche Welle

Der deutsche Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ (DW), für den die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien federführend ist, hat als autonome Rundfunkanstalt des Bundesrechts die Aufgabe, ein umfassendes und differenziertes Bild von Deutschland im Bereich Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft im Ausland darzustellen und in Regionen besonderen Interesses, wie etwa Krisenregionen, zu senden. Die DW leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Ausbau des interkulturellen Dialogs.

Das Interesse an den journalistischen Leistungen der DW in Fernsehen, Hörfunk und Internet ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Seit dem 11. September 2001 ist die DW eine gefragte Referenzquelle zu weltweit präsenten amerikanischen und britischen Informationsangeboten. Die DW verbreitet ihre Programme in Deutsch und 29 Fremdsprachen über Kurzwelle und Satellit. Re-broadcasting findet über terrestrische Ausstrahlung, Kabel und digitale Plattformen statt. Rund 4 700 Partner in aller Welt übernehmen das Programm ganz oder in Teilen. Durch die steigende Verbreitung digitaler Angebote gewinnt die Verbreitung von DW-Angeboten über digitale Plattformen immer höhere Bedeutung und vergrößert die Zahl der Hörer und Zuschauer durch Direktempfang. Die von der DW maßgeblich mitentwickelte Ausstrahlung über digitale Kurzwelle (Digital Radio Mondiale/DRM) schafft hier wegweisende neue Verbreitungswege. Steigende Nutzerzahlen hat auch das Internetangebot www.dw-world.de der DW.

Die Deutsche Welle auf einen Blick:

- DW-Radio sendet in 30 Sprachen.
- DW-TV sendet in Deutsch, Englisch, Spanisch und produziert Programmfenster in Dari, Paschtu (für Afghanistan) und Arabisch.
- Die Deutsche Welle erreicht regelmäßig 90 Millionen Hörer und Zuschauer pro Woche.
- Das Internetangebot www.dw-world.de ist in 30 Sprachen abrufbar.

Das Interesse an der DW hat nach den Ereignissen des 11. September 2001 deutlich zugenommen. Neben dem klassischen Verbreitungsweg über Kurzwelle spielen Kabel und Satellit für die DW eine zunehmende Rolle. Etwa 600 terrestrische Sender übernehmen darüber hinaus Sendungen von DW-TV. Unter www.dw-world.de sind die Internetangebote der DW in 30 Fremdsprachen abrufbar.

Im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa unterstützt das Auswärtige Amt mit 344 000 Euro Projekte der DW, die dem Aufbau und der Festigung demokratischer Strukturen und Medien dienen. Mit Nachrichtenprogrammen in Dari und Paschtu bei DW-TV bewies die DW ihre Fähigkeit, schnell und flexibel zu einem Programm zur Stabilisierung Afghanistans beizutragen (Sonderbewilligung des Bundestages 2003: 1,2 Mio. Euro). Im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan unterstützte das Auswärtige Amt 2003 weitere DW-Projekte mit 292 000 Euro.

Einen wichtigen Beitrag beim Aufbau demokratischer Strukturen und Medien leistet auch das DW Fortbildungszentrum (Hörfunk in Köln, Fernsehen in Berlin), ab 2004 integraler Bestandteil der neu gegründeten DW-Akademie. Es ist administrativ der DW angegliedert, erhält jedoch seinen Auftrag und den überwiegenden Teil der Gelder durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es veranstaltet Fortbildungs- und Beratungsprojekte für Rundfunkanstalten in Entwicklungsländern und auch in Ländern Mittel- und Osteuropas. Jährlich werden ca. 900 Stipendiaten in ca. 70 Kursen im In- und Ausland fortgebildet. Das Auswärtige Amt förderte die Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen der DW mit 141 000 Euro.

Im März 2002 nahm der gemeinsame deutschsprachige Auslandskanal „GERMAN TV“ von DW, ARD und ZDF seine Sendungen auf. Er ist zunächst (wegen der dort üblichen Verbreitungswege als Pay-TV) nur in den USA zu empfangen, seit 2003 auch in einem Kabelnetz.

Die AKBP über das Medium Fernsehen wird auch durch die DW-Marke „TransTel“, einer Kooperation mit ZDF und ARD, abgestützt, die deutsche (kulturelle) Fernsehprogramme an ausländische Sender, insbesondere in Entwicklungsländern, verkauft und mit ca. 2,5 Mio. Euro überwiegend vom AA finanziert werden.

d. Elektronische Medien

Die rasante Entwicklung des Internets zu einem zentralen Informations- und Kommunikationsmedium bietet große Chancen für die AKBP.

Das Informationsangebot des Auswärtigen Amtes zu AKBP-Themen ist unter <http://www.auswaertiges-amt.de/> www.de/aussepolitik/kulturpolitik/ verfügbar. In fünf Sprachen bietet seit Ende 2002 das von der Bundesregierung initiierte Portal www.deutschland.de eine Sammlung wichtiger Verweise auf deutsche Informationsangebote einschl. kultureller Themen. Alle Mittlerorganisationen der AKBP besitzen mit eigenen Homepages, einer gemeinsamen Plattform (deutsche-kultur-international.de)

und speziellen Onlinediensten ein breit gefächertes multimediales Angebot. So verfügt der größte AKBP-Mittler, das GI, über ein differenziertes Informations- und Kulturrepertoire, das durch entsprechende Internetangebote der meisten Auslandskulturinstitute des GI ergänzt wird. Auch das ifa bietet auf seiner Homepage ein vielfältiges Online-Angebot zu AKBP Themen und bilateralen Kulturbeziehungen Deutschlands.

Dem Anliegen der Bundesregierung, die deutsche Sprache im Ausland zu fördern, dienen neben deutschsprachigen Fernseh-, Radio- und Internet-Angeboten auch entsprechende Sprachkurse. Das in öffentlich-privater Partnerschaft (GI, DW, Wolters Kluwer Bildungsverlage, Porsche AG) produzierte Multimedia-Paket Deutsch (siehe Homepage: http://www.redaktion-d.de/deutsch/seiten/02_home_de.html) wird seit Mitte 2002 über Fernsehen/Video, tutoren gestützt über Internet, und ab Sommer 2004 auch über Hörfunk der DW angeboten. Darüber hinaus bietet das GI auf seiner Homepage unter der Rubrik „Deutsch lernen und lehren“ (www.goethe.de/dll/mat/) Online-Angebote mit monatlich etwa 500 000 Zugriffen. Seit März 2003 schlägt mit Förderung des AA das Internetportal www.qantara.de (getragen von der Bundeszentrale für politische Bildung, DW, GI und ifa) eine Brücke zur islamischen Welt (Sprachen: Englisch, Arabisch und Deutsch, siehe Kapitel I.1.). Das deutsch-französische Internetportal zur gegenseitigen Förderung der beiden Partnersprachen ist seit 2002 unter www.fplusd.de im Netz.

7. Jugend, Sport, Kirchen

a. Jugend

Deutschland unterhält auf Regierungsebene bilaterale jugendpolitische Beziehungen zu rund 25 Staaten. Unter Einschluss der Jugendwerke mit Frankreich und Polen standen 2003 hierfür 31,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW; www.dfjw.org) hat seit seiner Gründung 1963 über 7 Millionen junge Deutsche und Franzosen zusammengeführt und entscheidend zum Miteinander der beiden Gesellschaften beigetragen. Die Ausrichtung seiner Arbeit nimmt inzwischen auch eine europäische Komponente an, z. B. durch die Ausrichtung einer europäischen Jugendkonferenz im April 2004 in Paris. Im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa führt das DFJW aus Mitteln des Auswärtigen Amtes zusätzlich trilaterale Programme mit jungen Menschen aus Südosteuropa, Deutschland und Frankreich durch. Ferner fördert das Auswärtige Amt trilaterale Maßnahmen in Mittel- und Osteuropa. In Anlehnung an das in der Erklärung zum 40. Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags formulierte Ziel, einen deutsch-französischen Freiwilligendienst in Drittländern einzuführen, findet 2004 im Rahmen des Arbeitsprogramms JUGEND der Bundesjugendministerin und des französischen Jugendministers eine Pilotphase auf dem Balkan zur Durchführung eines deutsch-französischen Freiwilligeneinsatzes statt. 2003 wurde die Evaluierung des DFJW durch eine von den Regierungen eingesetzte Kommission sowie durch eine

deutsch-französische parlamentarische Arbeitsgemeinschaft eingeleitet. Die Ergebnisse werden für 2004 erwartet.

Das 1991 gegründete Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW; www.dpjw.org) hat inzwischen über 1 Million junger Menschen in beiden Ländern erreicht. Besondere Aufmerksamkeit widmet das DPJW dem grenznahen Austausch sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens.

Das Koordinierungszentrum für den deutsch-israelischen Jugendaustausch ConAct (www.conact-org.de), das 2001 seine Arbeit in der Lutherstadt Wittenberg aufnahm, sucht aufgrund der schwierigen derzeitigen Bedingungen in Israel nach Möglichkeiten zur Bewahrung und Stabilisierung des Austauschs.

Ein regionaler Schwerpunkt der jugendpolitischen Zusammenarbeit bleibt weiterhin Mittel- und Osteuropa. Die Koordinierungsstellen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch TANDEM (www.tandem-org.de) in Regensburg und Pilsen legen besonderes Augenmerk auf die stärkere Einbeziehung von berufstätigen Jugendlichen.

Das Ostsee-Sekretariat für Jugendfragen in Kiel (www.balticseadesk.org) ist eine wichtige Anlaufstelle für Informationsaustausch, Koordinierung und Vernetzung bei jugendpolitischen Fragen und für Jugendaustausch in der Region. Es hat u. a. umfassend an der Vorbereitung und Durchführung der 2. Ostsee-Jugendministerkonferenz 2002 in Wilna mitgewirkt. Inzwischen beteiligen sich alle Ostseeanrainerstaaten an der Finanzierung des Sekretariats.

Die Nachfrage nach Austauschprogrammen mit Russland hat wieder zugenommen und übersteigt bei weitem die Fördermöglichkeiten, sodass vorrangig die fachliche Zusammenarbeit aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert wird. Zur Intensivierung des deutsch-russischen Jugendaustauschs wurde 2003 mit den Verhandlungen zur Neufassung des Abkommens über jugendpolitische Zusammenarbeit von 1989 und zur Einrichtung von Koordinierungsstellen begonnen. Der Abschluss der Verhandlungen wird für 2004 angestrebt.

Das im Jahr 2000 verabschiedete EU-Aktionsprogramm JUGEND mit einer Laufzeit von sieben Jahren wurde für 2000 bis 2006 mit ursprünglich 520 Mio. Euro, inzwischen durch weitere Zuschläge im Hinblick auf den Beitritt von zehn weiteren EU-Mitgliedstaaten mit 712,3 Mio. Euro ausgestattet. Mit dem EU-Jugendprogramm wurden 2003 über 110 000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren gefördert, die an europäischen Jugendprojekten oder einem europäischen Freiwilligendienst teilnahmen.

Für Deutschland verwaltet die Agentur „Jugend für Europa“ (www.webforum-jugend.de) mit Sitz in Bonn unter der Fachaufsicht des BMFSFJ die von der EU-Kommission hierfür bereit gestellten Programmmittel. Im Jahr 2003 hat sie über 15 000 Jugendmaßnahmen gefördert. Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten und die

anderen am Programm teilnehmenden Staaten gebeten, im Jahr 2003 eine Zwischenevaluierung der bis Ende 2006 laufenden Programme vorzunehmen. Damit sollte u. a. die rechtzeitige Vorbereitung des neuen Gemeinschaftsprogramms JUGEND ab 2007 unterstützt werden. Inzwischen liegt auch eine EU-Zwischenevaluierung des laufenden Jugendprogramms 2002 bis 2006 vor, die für alle fünf Aktionsbereiche des laufenden Jugendprogramms eine positive Bilanz zieht. Es wurde außerdem bestätigt, dass das Programm JUGEND für junge Menschen oftmals eine erste positive Begegnung mit „Europa“ ermöglicht und somit nicht nur die Mobilität und Lernerfahrungen junger Menschen, sondern auch die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber Europa fördert.

Zur weiteren Annäherung der Jugendlichen und zur Unterstützung einer engen Kooperation von Einrichtungen und Jugendverbänden hat die EU-Kommission für internationale Jugendprojekte im grenznahen Raum für die Jahre 2002 bis 2006 inzwischen weitere 12 Mio. Euro bereitgestellt.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa hat mit dem von der EU-Kommission im November 2001 vorgestellten Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ einen Rahmen erhalten. Auf dieser Grundlage haben die EU-Jugendminister im Frühjahr 2002 einen gemeinsamen Arbeitsplan aufgestellt.

Mit vier Fragebogenaktionen der EU-Kommission in den Weißbuch-Schwerpunktbereichen Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und mehr Wissen über die Jugend wurde die 2002 begonnene erste Phase der europäischen Koordinierung im Bereich der Jugendpolitik über das Jahr 2003 hinaus weiter vorangebracht. Entsprechende erste Syntheseberichte der EU Kommission zu den Themen Partizipation und Information erschienen im April 2003 und führten im November 2003 zur Verabschiedung der ersten beiden Schwerpunkt-Entscheidungen Partizipation/Information im Rat der EU (DOK 2003/C 295/04). Die verstärkte Berücksichtigung der Jugend in anderen Politikbereichen wie Bildung, lebenslanges Lernen und Mobilität sowie Beschäftigung, soziale Integration und dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen wurde gleichfalls im Jahr 2003 fortgesetzt.

b. Sport

Im Rahmen der AKBP unterstützt das Auswärtige Amt die Sportzusammenarbeit mit der Dritten Welt, den MOE/GUS-Staaten, der VR China und der Mongolei; über den Stabilitätspakt ferner Projekte in Afghanistan. Gefördert wird schwerpunktmäßig die Traineraus- und -fortbildung (insbesondere Fußball und Leichtathletik, Behindertensport). Das Nationale Olympische Komitee (NOK), die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), die Spitzenverbände des Deutschen Sports, insbesondere der Deutsche Fußballbund (DFB) und der Deutsche Leichtathletikverband (DLV) sowie die Universitäten Leipzig und Mainz führen mit Mitteln des Auswärtigen Amts

(2003: ca. 2,8 Mio. Euro) Kurz- und Langzeitprojekte, Trainerkurse und Sportgerätespenden durch.

Das Auswärtige Amt hat ferner Bewerbungen des deutschen Sports für internationale Großveranstaltungen wie die deutsche Bewerbung um Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 unterstützt und beteiligt sich an den Vorbereitungen für die Fußball-WM 2006.

c. Kirchen

Aus dem Kulturhaushalt des Auswärtigen Amts wird die kulturelle Auslandsarbeit der evangelischen und der katholischen Kirche gefördert. Die Fördermittel kommen Austausch- und Begegnungsprojekten mit den Gastländern zugute und dienen der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Angehörigen des Gastlands. Die Bundesregierung hat die kulturelle Auslandsarbeit der Kirchen im Jahr 2003 insgesamt mit etwa 2,13 Mio. Euro unterstützt.

8. Kulturgüterrückführung

a. Rückführung kriegsbedingt verlagert Kulturgüter

Die Rückführungsverhandlungen, die die Bundesregierung mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Polen, der Russischen Föderation, der Ukraine und anderen Staaten führt, haben bislang mit einigen Ländern zu greifbaren Ergebnissen geführt. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, mit den Partnerländern einvernehmliche Lösungen zu finden. Dabei sieht sie einerseits die historische Belastung dieser sensiblen Frage, andererseits steht sie zu ihrer Verpflichtung, auf allen Feldern – auch auf dem Gebiet des internationalen Kulturgüterschutzes – für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts einzutreten.

Die Problematik der Rückführung kriegsbedingt verlagert Kulturgüter ist ein politisch bedeutsamer Teil der bilateralen Beziehungen zu den betreffenden Staaten. Die Bundesregierung handelt bei ihrem Bemühen um die Rückführung von Kulturgütern in enger Abstimmung mit den Bundesländern sowie Museen, Bibliotheken, Archiven und privaten Sammlungen als den Eigentümern der betreffenden Kulturgüter. Sie begrüßt und unterstützt, dass das Rückführungsthema gegenüber den genannten Staaten auch in Kontakten auf parlamentarischer Ebene von deutscher Seite zur Sprache gebracht wird.

Im Einzelnen stellt sich die Lage wie folgt dar:

Russische Föderation: Die Gespräche mit Russland werden überschattet durch das von der Duma initiierte völkerrechtswidrige Kulturgütergesetz, das aus Deutschland nach Russland verbrachte Kulturgüter zu russischem Eigentum erklärt. Zuletzt wurden (im Juni 2002) 111 historische Fensterfelder der Marienkirche zu Frankfurt/Oder zurückgegeben.

Ukraine: Die Ukraine gehört zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, mit denen wir in der Rückführungsfrage eine völkerrechtsgemäße Einigung erreicht haben.

In der 5. Sitzung der bilateralen Rückführungskommission im November 2003 wurden weitere Rückgaben vorbereitet. Im Rahmen seines Staatsbesuchs gab Präsident Kutschma am 20. Februar 2004 kriegsbedingt verbrachte wertvolle Kupferstiche des 17. und 18. Jahrhunderts aus den Beständen des Dresdner Kupferstichkabinetts zurück. Es handelt sich um zwei Klebebände mit 142 Stichen („Receuil de plusieurs peintres floristes“; „Les œuvres de Nicolas Bertin“).

Estland: Im Mai 2004 kehrte das bis 2003 verschollene, kriegsbedingt in die damalige Sowjetunion verbrachte Dürer-Gemälde „Johannes der Täufer“ (Teil eines Triptychons) aus Tallinn in die Bremer Kunsthalle zurück. Die estnische Regierung hatte von sich aus die Rückgabe angeboten.

Georgien: Im Mai 2003 wurden 903 Bände der ehemaligen Deutschen Ärztebibliothek sowie weitere 47 Bände aus Bremen und Magdeburg zurückgegeben.

Weitere Länder: Auch heute noch tauchen etwa in den USA, aber auch in Großbritannien, im Kunsthandel oder im Privatbesitz immer wieder im Zweiten Weltkrieg in Deutschland abhanden gekommene Kulturgüter auf. Grundsätzlich ist es Sache der rechtmäßigen deutschen Eigentümer, ihre Ansprüche vor den zuständigen Gerichten geltend zu machen. Alle zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere das Auswärtige Amt mit den Auslandsvertretungen und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, unterstützen die Eigentümer dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

b. Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter

Im Sinne der Washingtoner Konferenz von 1998 zu Vermögen aus der Zeit des Holocaust und ergänzend zur 1999 verabschiedeten Gemeinsamen „Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ sowie einer 2001 verabschiedeten „Handreichung“ gab die öffentliche Hand auch 2003 Kunstwerke, die in ihren Sammlungen als NS-verfolgungsbedingt entzogen identifiziert werden konnten, an die legitimierten Erben ihrer ehemaligen Eigentümer zurück: u. a. Lenbach-Gemälde (an Erben Sommerguth), Holzstatue von Simon Luchsberger (an Erben Galerie A. S. Drey); Gemälde „die Prozession“ von Lucien Adrion (Friedrich-Ebert-Stiftung an Erben Littmann), Aposteltafeln „Hl. Jacobus und Johannes“ und „Hl. Thaddäus und Philippus“ des Jüngeren Meisters der Heiligen Sippe (an Erben Galerie A. S. Drey). Weitere Rückgaben werden vorbereitet.

9. Multilaterale Kulturzusammenarbeit

In den multilateralen Foren EU, Europarat, OECD und UNESCO entwickelt Deutschland mit den anderen Mitgliedstaaten Lösungen für gemeinsame Herausforderungen in der Kultur- und Bildungspolitik. Dabei gilt es insbesondere, den Prozess der Globalisierung so mitzuge-

stalten, dass die Ergebnisse dieser Foren verstärkt für den Dialog der Kulturen und zur Entwicklung internationaler Lerngemeinschaften genutzt werden.

a. Europäische Union

EU-Kulturpolitik

Ziel der EU-Kulturpolitik ist es, zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten beizutragen und durch Erschließung des gemeinsamen Kulturerbes die Entwicklung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls zu fördern. Dabei wird den kulturellen Initiativen der Mitgliedsländer jeweils der Vorrang gelassen (Prinzip der Subsidiarität). Das Kulturportal der EU findet sich unter <http://europa.eu.int/comm/culture/>.

Große öffentliche Aufmerksamkeit genießt die EU-Gemeinschaftsinitiative „Kulturhauptstadt Europas“. Ab 2007 sollen durch eine Parallelliste europäischer Kulturhauptstädte die neuen Mitgliedstaaten in die Gemeinschaftsaktion integriert werden, ohne die Planungssicherheit für die Kandidaten der alten EU-Staaten infrage zu stellen. 2010 wird Deutschland – gemeinsam mit Ungarn – die „Kulturhauptstadt Europas“ stellen. Der innerdeutsche Auswahlprozess ist 2004 angelaufen.

„Kultur 2000“ in Zahlen

Nach Verlängerung des EU-Rahmenförderprogramms „Kultur 2000“ bis Ende 2006 wurde sein Gesamthaushalt von 167 Mio. Euro (2000 bis 2004) um 69,5 Mio. Euro auf insgesamt 236,5 Mio. Euro (2000 bis 2006) aufgestockt.

Ab 2003 nehmen insgesamt 30 Staaten (15 EU-Mitgliedstaaten, zwölf MOE-Staaten, drei Staaten des EWR) an „Kultur 2000“ teil, das damit die EU-Erweiterung faktisch vorweggenommen hat. Das Programm sieht zusätzlich eine Zusammenarbeit sowohl mit Drittstaaten als auch mit dem Europarat und der UNESCO vor. 2003 wurden 213 Projekte zur Förderung ausgewählt, darunter 60 mit deutscher Beteiligung, wovon 15 Projekte unter federführender deutscher Gesamtkoordinierung stattfanden. 2004 werden 64 Projekte mit deutscher Beteiligung, davon 13 unter deutscher Leitung, gefördert. Weitere Informationen sind unter <http://www.europa.foerdert-kultur.info> und <http://www.ccp-deutschland.de> abrufbar.

Ein Schwerpunkt der EU-Kulturpolitik ist das Rahmenprogramm zur Kulturförderung „Kultur 2000“. Er fördert grenzüberschreitende Kooperationsprojekte auf allen künstlerischen und kulturellen Gebieten (u. a. darstellende Kunst, visuelle und bildende Kunst, Literatur, kulturelles Erbe und Kulturgeschichte). Um das spartenübergreifende Programm mit der langfristigen EU-Finanzplanung („Agenda 2000“) zu synchronisieren, wurde es um weitere zwei Jahre bis 2006 verlängert. Ab 2009

soll ein anhand der gesammelten Erfahrungen neu erarbeitetes Kulturrahmenförderprogramm in Kraft treten.

EU-Bildungspolitik

Zentrales Anliegen der europäischen Bildungszusammenarbeit ist die europäische Dimension der Bildung und die Schaffung eines europäischen Bildungsraums, der allen Bürger Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung und beim Übergang in den Beruf erlaubt, sowie die Sicherung von Innovation und Qualität der europäischen Bildungssysteme und Angebote. Dies betrifft insbesondere auch die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Die beiden europäischen Bildungsprogramme SOKRATES (Austausch und Kooperation in den Bereichen Schule und Hochschule, lebenslanges Lernen, neue Technologien) und LEONARDO DA VINCI (Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung) sind nach wie vor die wesentlichen Instrumente zur Vertiefung der europäischen Bildungskooperation mit dem Ziel eines europäischen Bildungsraumes.

SOKRATES ist das europäische Aktionsprogramm im Bereich der allgemeinen Bildung. Ziel des Programms ist die Förderung der europäischen Dimension und die Verbesserung der Qualität der allgemeinen Bildung durch den Ausbau der Zusammenarbeit der teilnehmenden Länder. Das Programm ist in acht Aktionen gegliedert: COMENIUS (Schulbildung)/ERASMUS (Hochschulbildung)/GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung und andere Bildungswege)/LINGUA (Sprachenunterricht und Sprachenerwerb)/MINERVA (Informations- und Kommunikationstechnologien in der Bildung)/Beobachtung und Innovation/Gemeinsame Aktionen/Flankierende Maßnahmen. LEONARDO DA VINCI ist das Aktionsprogramm zur Durchführung einer Berufsbildungspolitik in der EU. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollen in diesem Programm die Qualität, Innovation und europäische Dimension in Berufsbildungssystemen und Praktiken weiterentwickelt werden.

Die Beteiligung deutscher Einrichtungen aus dem Schulbereich an der Aktion SOKRATES/COMENIUS konnte auch im Schuljahr 2002/2003 gesteigert werden. Insgesamt wurden 1 170 COMENIUS-I-Projekte gefördert. 151 deutsche COMENIUS-Assistenten und 1 085 Lehrkräfte nahmen im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung an Maßnahmen unter COMENIUS 2 teil. Über die Aktion SOKRATES/ARION hielten sich 242 deutsche Bildungsexperten zu Fortbildungskursen im europäischen Ausland auf. Für den schulischen Bereich ist ein kontinuierlicher Anstieg der Partnerschaften mit den MOE-Staaten zu verzeichnen.

Für das Studienjahr 2003/2004 hat sich bei SOKRATES/ERASMUS der positive Trend der Vorjahre fortgesetzt. Rund 21 000 Studierende und rund 2 400 Dozenten aus Deutschland (2002/2003: 17 000 bzw. 2 100) verbrachten einen Studien- bzw. Lehraufenthalt an einer anderen europäischen Hochschule. Umgekehrt gilt, dass Deutschland

insbesondere für die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas auch in diesem Studienjahr das wichtigste Ziel- und damit Partnerland war.

Im Programm LEONARDO DA VINCI belief sich der Haushalt im Jahr 2003 auf insgesamt 159 Mio. Euro. Projekte unter deutscher Federführung partizipierten auch im Jahr 2003 erheblich an diesen Fördermitteln: 13,1 Mio. Euro standen für Mobilitätsprojekte von Auszubildenden, jungen Arbeitnehmern, Hochschulabsolventen und Studierenden sowie von Ausbildungspersonal/Bildungsverantwortlichen zur Verfügung. Aus diesen Mitteln werden ca. 1 200 junge Arbeitnehmer und Hochschulabsolventen, 750 Personen des Ausbildungspersonals, 1 900 Studierende sowie 4 200 Auszubildende gefördert

b. Europarat

Der Europarat fördert das Bewusstsein für eine gemeinsame kulturelle Identität vor allem in den Bereichen Sprache, Geschichte, politische Bildung, Denkmalpflege, allgemeine Kulturförderung sowie Anwendung und Nutzung der neuen Informationstechnologien. Die Kulturkonvention des Europarats setzt hierbei die Leitlinien für die kulturelle Zusammenarbeit. Die Themen kulturelle Vielfalt, Demokratieverziehung, Aufbau staatlicher Kulturpolitiken in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Kultur- und Naturerbe sind Schwerpunkte der Arbeit des Europarates.

Der Lenkungsausschuss Kultur des Europarates hat die im Jahr 2002 festgelegten vier Schwerpunktgebiete im Jahr 2003 weiter verfolgt:

- Interkultureller Dialog und Konfliktprävention,
- kulturelle Vielfalt,
- Kulturpolitik,
- Etablierung demokratischer Strukturen in Mittel- und Osteuropa.

Die Kulturminister des Europarates verabschiedeten im Rahmen einer Konferenz vom 20. bis 22. Oktober 2003 in Opatija (Kroatien) eine Erklärung über ihre künftige Rolle und Verantwortlichkeit im interkulturellen und interreligiösen Dialog unter Berücksichtigung der kulturellen Vielfalt.

Das Europarat-Projekt „Kompendium nationaler Kulturpolitiken“ unterrichtet über Grundinformationen und Entwicklungen der Kulturpolitik in Europa und zeichnet einheitlich strukturierte kulturpolitische Länderprofile der Mitgliedstaaten des Europarats auf. Die Veröffentlichung (www.culturalpolicies.net) erfreute sich eines stark gesteigerten Interesses. Das jährliche Treffen der nationalen Autoren des Kompendiums hat im März 2004 erstmals außerhalb von Straßburg in Berlin stattgefunden.

c. OECD

Nach Gründung der Direktion Bildungswesen im Jahr 2002 hat die OECD im Berichtszeitraum einen Reform-

prozess mit dem Ziel eingeleitet, den Bildungsbereich stärker strategisch auszurichten und mehr Kohärenz zwischen den von fünf unabhängigen Lenkungsorganen gesteuerten Aktivitäten herzustellen.

Ein Höhepunkt der OECD-Zusammenarbeit war 2003 aus deutscher Sicht die Durchführung der internationalen Abschlusskonferenz „Verfahrensweisen zur Verstärkung von Anreizen und Mechanismen zur Kofinanzierung des lebenslangen Lernens“ vom 8. bis 10. Oktober 2003 auf dem Bonner Petersberg. Hauptanliegen der Veranstaltung war es, den Dialog der betroffenen Akteure aus Politik und Wirtschaft zur Finanzierung des lebenslangen Lernens zu intensivieren und zusätzliche Chancen und Möglichkeiten des strukturellen Zusammenwirkens aufzuzeigen.

Nachdem die Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA (Programme for International Student Assessment) 2000 die bildungspolitische Diskussion im Jahr 2002 stark beeinflusst hatte, wurde im Berichtszeitraum die zweite Staffel – PISA 2003 – durchgeführt, bei der der Test mathematischer Grundfertigkeiten der Schüler im Vordergrund stand. Die Ergebnisse liegen Ende 2004 vor.

d. UNESCO

Ziel der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; www.unesco.org) ist es, durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zur Erhaltung des Friedens und zur Vertrauensbildung beizutragen.

Deutschland ist seit 1951 Mitglied und war 2003 mit einem Anteil von 30,45 Mio. Euro (12,85 Prozent) nach Japan und vor Frankreich zweitgrößter Beitragszahler. Zum 1. Oktober 2003 traten die USA der UNESCO wieder bei, die sie 1984 verlassen hatten. Damit wird der Universalitätsanspruch der Organisation gestärkt (jetzt 190 Mitgliedstaaten). Deutschland rückt 2004 auf den dritten Platz der Beitragsskala nach USA und Japan.

Vom 29. September bis 17. Oktober 2003 fand in Paris die 32. UNESCO-Generalkonferenz statt. Sie gab die Ausarbeitung eines Übereinkommens zum Schutz der kulturellen Vielfalt in Auftrag, für das sich Deutschland und Frankreich in der gemeinsamen Erklärung beider Regierungen zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages im Januar 2003 ausgesprochen hatten. Diese Bestrebungen stehen in direktem Zusammenhang mit dem 1994 vereinbarten Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der WTO, auf dessen Grundlage Verhandlungen für weitergehende Liberalisierungen auch bei kulturellen, audiovisuellen und Bildungsdienstleistungen geführt werden.

Zum Schutz des immateriellen Kulturerbes – Sprachen, lebendige Kulturräume und überlieferte Kenntnisse – hat die 32. Generalkonferenz ein internationales Übereinkommen verabschiedet, das analog zur erfolgreichen Welterbekonvention wirken soll und stärker auf die Be-

sonderheiten des Kulturerbes vieler Entwicklungsländer zugeschnitten ist. Die 32. Generalkonferenz beauftragte die UNESCO außerdem, eine Erklärung zu allgemeinen Normen der Bioethik sowie ein Übereinkommen gegen Doping im Sport auszuarbeiten.

Große Aufmerksamkeit durch die Medien und in der Öffentlichkeit genießt das UNESCO-Programm zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes der Welt. Deutschland war 2003 mit 27 von 754 Welterbestätten auf der Liste vertreten. 2003 begann für Deutschland die erste periodische Berichterstattung über den Erhaltungszustand der deutschen Welterbestätten. Der erste Teilbericht, der die Umsetzung der Konvention generell in Deutschland beschreibt, ist von der Kultusministerkonferenz (KMK) in Abstimmung mit den Bundesressorts fertig gestellt worden. Der zweite Teil, der sich mit dem Zustand der Welterbestätten beschäftigt, wird 2005 vorgelegt.

Am 20. Oktober 2003 wählte der UNESCO-Exekutivrat, der für die Durchführung des von der Generalkonferenz angenommenen Programms verantwortlich ist und aus 58 Mitgliedstaaten besteht, den deutschen Ständigen Vertreter bei der UNESCO zu seinem Vorsitzenden für die nächsten zwei Jahre. Damit hat erstmals ein Deutscher eine der drei UNESCO-Spitzenpositionen inne.

Deutschland arbeitet ferner in etlichen Fachgremien der UNESCO mit.

In Deutschland sind zwei Fachinstitute der UNESCO ansässig: das Internationale UNESCO-Zentrum für Berufsbildung (UNEVOC) arbeitet seit 2000 mit Unterstützung der Bundesregierung, der Bundesstadt Bonn und anderer öffentlicher und privater Stellen in Bonn. Seit 1951 ist das UNESCO-Institut für Pädagogik (UIP) in Hamburg angesiedelt, das sich mit Problemen der Erwachsenenbildung und der Alphabetisierung befasst. Im Sinne einer Gleichstellung mit vergleichbaren UNESCO-Bildungsinstituten ist beabsichtigt, das Institut vollständig in den UNESCO-Bereich zu überführen und die institutionelle Förderung schrittweise bis zum Jahre 2005 einzustellen; die Projekti-

förderung des Instituts durch das Auswärtige Amt bleibt davon unberührt.

III. Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amts und andere Einrichtungen der AKBP

1. Goethe-Institut (GI)

Das GI ist die größte der nichtstaatlichen Mittlerorganisationen, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland mit der selbstständigen Wahrnehmung kulturpolitischer Aufgaben im Ausland betraut sind und hierfür staatliche Gelder erhalten.

Zentrale Aufgaben des Goethe-Instituts sind:

- die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit vor allem durch die Durchführung von Kulturprogrammen; dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern;
- die Förderung der Kenntnis deutscher Sprache durch eigene Sprachkurse und die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen, die sich ihrerseits der Verbreitung der deutschen Sprache widmen;
- die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben.

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter des GI lag Ende 2003 bei ca. 3 000. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Ausland erhält das GI eine jährliche Zuwendung des Auswärtigen Amts (sich Tabelle unten).

Das GI hat 128 Einrichtungen, davon 123 Kulturinstitute und 5 Außenstellen, in 79 Ländern. Nach den aus Geldmangel Mitte der 90er-Jahre erforderlichen Schließungen von Instituten des GI im Ausland ist es, nicht zuletzt auch durch den Aufbau neuer Präsenzstrukturen des GI

Jahr	Betriebsmittelzuschuss des AA	Projektmittelzuschuss des AA	Investitionen AA	Gesamtförderung des AA
2002 (Ist)	118.462 T €	45.599 T €	2.700 T €	166.761 T €
2002 ATP*	227 T €	3.156 T €	48 T €	3.431 T €
2002 (Gesamt Ist)	118.689 T €	48.755 T €	2.748 T €	170.192 T €
2003 (Ist)	116.168 T €	45.416 T €	2.672 T €	164.256 T €
2003 ATP*	297 T €	2.041 T €		2.338 T €
2003 (Gesamt Ist)	116.465 T €	47.457 T €	2.672 T €	166.594 T €

* ATP: zeitlich begrenzte Sondermittel aus Anti-Terrorprogrammen

(Lesesäle, Kontaktpunkte, Dialogpunkte in der islamischen Welt) gelungen, den Trend umzukehren: nach der Eröffnung des GI in Kabul im September 2003 wurde mit der Einrichtung des trinationalen Kulturinstituts Pierre Werner in Luxemburg im Oktober 2003 ein neues und zukunftsträchtiges Modell der kulturellen Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern (in diesem Fall Frankreich und Luxemburg) ins Leben gerufen. Im April 2004 konnte in Laibach ein neues GI eröffnet werden.

Im Jahr 2004 sind die Eröffnungen von drei weiteren GI-Einrichtungen an auch politisch bedeutsamen Standorten vorgesehen oder haben schon stattgefunden: im Mai 2004 wurde das GI in Ramallah mit dem französischen Kulturinstitut zu einem gemeinsamen deutsch-französischen Kulturzentrum zusammengeschlossen, in Algier werden seit Oktober 2004 Sprachkurse und Kulturveranstaltungen angeboten, und in Pjöngjang stellt seit Juni 2004 ein GI-Lesesaal Informationen aus und über Deutschland bereit. Daneben ist das GI in Havanna, Shanghai und Teheran mit Mitarbeitern an den Auslandsvertretungen vertreten, um Institutseröffnungen vorzubereiten.

Darüber hinaus fördert das GI zurzeit 50 Kulturgesellschaften, die vor allem an früheren Schließungsorten die Arbeiten im Programm- und/oder Sprachbereich fortführen und unsere kulturelle Präsenz sicherstellen.

Neben der Entwicklung und Gestaltung des Institutsnetzes ist die Frage der strategischen Steuerung ein zentrales Gebiet der Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und GI. Im Jahr 2003 begann die Vorbereitung für ein Pilotprojekt zur Steuerung des GI in der Region Italien durch die Instrumente Zielvereinbarung, Budgetierung und Kontrolle der Zielerreichung, das ab dem Jahr 2005 durchgeführt werden soll.

2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Als größte deutsche Förderorganisation für die internationale Hochschulzusammenarbeit erfüllt der DAAD mit erheblichen öffentlichen Finanzmitteln zugleich Aufgaben der AKBP, der Entwicklungspolitik sowie der nationalen Hochschulpolitik. Darüber hinaus nimmt der DAAD eine Mittlerfunktion im Rahmen der europäischen Bildungspolitik wahr, insbesondere bei den Austausch- und Mobilitätsprogrammen der EU. Diese Mittlerfunktion spiegelt sich im Haushalt des DAAD und seinen Finanzierungswegen wider.

Vom Haushalt des DAAD trägt das Auswärtige Amt als institutioneller Förderer den weitaus größten Teil der Verwaltungskosten und den größten Teil der Programmkosten. Der DAAD erhielt vom Auswärtigen Amt 2003 Programmmittel insbesondere für den Studierenden- und Wissenschaftleraustausch in Höhe von 99,9 Mio. Euro (inkl. Mittel für die Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan und für den Europäisch-Islamischen Dialog); hinzu kamen zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Verwaltungskosten 20,0 Mio. Euro und für Baumaßnah-

men 0,5 Mio. Euro. Die Projektförderung vonseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung belief sich auf 75,5 Mio. Euro.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit förderte in Höhe von 21,3 Mio. Euro Bildungsprojekte (Hochschulkooperationen) im entwicklungspolitischen Bereich.

Der DAAD förderte 2003 insgesamt 51 962 Studierende, Graduierte und Wissenschaftler. Von den 31 930 geförderten Ausländern waren 24 264 Studierende und Graduierte, 7 666 Wissenschaftler, Künstler und Administratoren. Von den insgesamt 20 032 geförderten Deutschen waren 14.288 Studierende und Graduierte, 5 744 Wissenschaftler, Künstler und Administratoren. Zusätzlich wurden im Rahmen des SOKRATES/ERASMUS- und des LEONARDO DA VINCI-Programms insgesamt 22 799 EU-Stipendiaten gefördert.

3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die AvH widmet sich dem internationalen Austausch hoch qualifizierter Wissenschaftler und trägt damit wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei. Sie erhielt hierzu im Haushaltsjahr 2003 vom Auswärtigen Amt 22,5 Mio. Euro an Projektmitteln sowie zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Investitionsausgaben 4,5 Mio. Euro. Die Projektförderung vonseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betrug 35,3 Mio. Euro, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wendete 2,6 Mio. Euro zu.

Alexander von Humboldt-Stiftung:

Die AvH förderte 2003 1 358 ausländische Wissenschaftler mit einem Forschungsstipendium in Deutschland, hiervon 356 im Rahmen des Nachkontaktprogramms (Wiederaufnahmen/Wiedereinladungen) und zusätzlich weitere 333 durch Kurz- und Konferenzaufenthalte. Zudem hielten sich 275 Forschungspreisträger in Deutschland auf und 20 Bundeskanzler-Stipendiaten begannen ihren Forschungsaufenthalt (je zehn aus den USA und der Russischen Föderation). 2003 wurden insgesamt 258 deutsche Wissenschaftler im Ausland gefördert (mit Feodor-Lynen-Forschungsstipendien oder Forschungsstipendien der Japan Society for the Promotion of Science).

4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Das ifa (www.ifa.de) widmet sich vornehmlich der Völkerverständigung, dem internationalen Kulturaustausch und interkulturellen Dialog sowie der Förderung des Verständnisses für Deutschland im Ausland. Der Gesamtetat des ifa betrug im Jahr 2003 ca. 14,5 Mio. Euro, dazu trugen das Auswärtige Amt ca. 3,4 Mio. Euro institutionell

und 6,3 Mio. Euro Projektförderung, das Land Baden-Württemberg ca. 1,1 Mio. Euro und die Stadt Stuttgart ca. 0,3 Mio. Euro bei. 2003 beschäftigte das ifa 71 Festangestellte und 44 Mitarbeiter aus Programmmitteln.

Arbeitsschwerpunkte des ifa:

- Förderung des internationalen Kunstaustauschs durch Ausstellungstourneen zeitgenössischer deutscher Kunst im Ausland; Präsentation zeitgenössischer Kunst aus Transformations- und Entwicklungsländern in den ifa-Galerien in Stuttgart und Berlin; Informations- und Datenbanken zur Bildenden Kunst;
- Förderung des internationalen und interkulturellen Dialogs durch internationale Symposien wie „deutsch-arabische Mediendialoge“ oder „Stuttgarter Schlossgespräche“;
- Dokumentierung der AKBP und der internationalen Kulturbeziehungen (durch eine Spezialbibliothek mit Internet-Portalen und die „Zeitschrift für Kulturaustausch“) und Förderung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion; Synergiestudien zu den deutsch-ausländischen Kulturbeziehungen mit der Robert-Bosch-Stiftung und dem Auswärtigem Amt;
- Programme zur kulturellen Förderung deutscher Minderheiten in MOE und GUS;
- Förderung der Entwicklung freier und unabhängiger Medien im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa (Media-im-Pakt);
- Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte der Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung im Rahmen des vom Auswärtigen Amt veröffentlichten „Förderkonzepts“ (zivik);
- Kurse für Deutsch als Fremdsprache in Stuttgart (Eigenmittelbereich des ifa).

5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA ist eine Abteilung des Bundesverwaltungsamts (selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministerium des Innern (BMI) mit Sitz in Köln). Sie untersteht der Dienstaufsicht des BMI und der Fachaufsicht des Auswärtigen Amts, dem es administrativ und konzeptionell zuarbeitet. Ihre Aufgabe ist die pädagogische, personelle und finanzielle Betreuung der schulischen Arbeit im Ausland. Sie fördert derzeit 117 deutsche Auslandsschulen und 370 ausländische schulische Einrichtungen mit rund 1 900 vermittelten Lehrkräften und Fachberatern. Der Schulfonds lag 2003 bei 180 Mio. Euro und ist damit noch vor dem GI größter Einzelposten im Kulturhaushalt des Auswärtigen Amts.

6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)

Der PAD ist eine Abteilung im Sekretariat der Kultusministerkonferenz der Länder. Im Auftrag des Auswärtigen Amts, das 2003 Projektmittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro und 640 000 Euro Personal- und Sachkosten für zehn Mitarbeiter bereitstellte, führt der PAD Austauschmaßnahmen im Schulbereich durch. Darüber hinaus ist er seit 1995 durch Beschluss der Kultusminister der Länder für Austauschprogramme im Auftrag der Länder tätig und Nationale Agentur für das SOKRATES-Programm im Schulbereich.

7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)

Die Deutsche UNESCO Kommission (www.unesco.de) mit Sitz in Bonn ist die deutsche Nationalkommission nach Artikel VII der UNESCO-Verfassung und somit Verbindungsglied zwischen Deutschland und der UNESCO. Sie nimmt Beratungsaufgaben und Verbindung mit der Zivilgesellschaft in allen UNESCO-Angelegenheiten (seit Oktober 2003 auch in Europaratsfragen) wahr. Gemeinsam mit ihren Partnern in Österreich und der Schweiz ist die DUK ferner für deutschsprachige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bezüglich aller Bereiche der UNESCO zuständig. Sie wurde 2003 vom Auswärtigen Amt mit insgesamt rund 1,2 Mio. Euro gefördert. Dies entsprach 87 Prozent ihres Gesamthaushaltes. Darüber hinaus erhielt sie Projektmittel vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, von der Bundeszentrale für politische Bildung und von der UNESCO und warb weitere Gelder von Sponsoren, Spendern und anderen Zuwendungsgebern von insgesamt 660 000 Euro für die weltweiten Programme der UNESCO ein.

8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das 1829 gegründete und seit 1874 – mit einer Unterbrechung zwischen 1934 und 1970 – dem Auswärtigen Amt zugeordnete DAI mit Sitz in Berlin führt mit seinen mehr als 250 festangestellten Beschäftigten archäologische Ausgrabungen und Forschungen durch und pflegt Kontakte zur internationalen Wissenschaft. Es unterhält im Ausland Abteilungen in Rom, Athen, Kairo, Istanbul und Madrid sowie Außenstellen in Teheran, Bagdad, Sanaa und Damaskus. Im Bundeshaushalt 2003 wurden dem DAI rund 20,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

2003 konnte das DAI erstmals mit der saudischen Antikenverwaltung ein Kooperationsvertrag für Gemeinschaftsgrabungen aushandeln. Im Oman setzte es seine Arbeiten an einem interdisziplinären Oasenforschungsprojekt fort, dessen Ergebnisse zu einem Internet-Geoinformationssystem aufgearbeitet wurden. In Afghanistan beteiligte es sich weiter an der Wiederherstellung des Babh-e-Babur-Parks in Kabul sowie der damit verbundenen Ausbildung afghanischer Kollegen. Außerdem konnte es seine Arbeit auf die Wiederherstellung der

weltberühmten Buddha-Statuen von Bamiyan ausweiten. 2003 gehörte das DAI zum internationalen Erkundungsteam, das im Auftrag der UNESCO zu einer ersten Bestandsaufnahme der Schäden am Kulturerbe den Irak bereiste.

Für den Europäisch-Islamischen Kulturdialog spielt das DAI insofern eine zunehmend wichtige Rolle, als die Archäologie an vielen Orten als Begegnungs- und Dialogplattform gute Dienste leistet. Deshalb beteiligt sich das DAI auch an den „Tagen der arabischen Welt“ im Deutschen Bundestag (1. bis 2. Dezember 2004).

9. Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland

Im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden sieben geisteswissenschaftliche Forschungsinstitute in ausgewählten Partnerstaaten unterhalten und institutionell gefördert, deren Arbeit auch auf die Auswärtige Kulturpolitik ausstrahlt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt dabei auf der historischen Forschung, die derzeit in den fünf Deutschen Historischen Instituten in Rom, Paris, London, Washington und Warschau betrieben wird. Daneben sind das Orient-Institut in Beirut und Istanbul auf dem Gebiet der Orientalistik und das Deutsche Institut für Japanstudien in Tokio im Bereich der geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung tätig.

Alle Institute gehören der öffentlich-rechtlichen „Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“ (D.G.I.A.) an, deren Errichtung die Zusammenarbeit untereinander stärken und die Sichtbarkeit der Gesamtheit fördern soll.

Im Jahr 2003 wurden die auf eine Initiative der Zeit-Stiftung und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung zurückgehenden Vorbereitungen zur Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau weiterhin intensiv fortgesetzt.

In Rom und Florenz existieren außerdem als Institute der Max-Planck-Gesellschaft die Bibliotheca Hertziana und das Kunsthistorische Institut, deren Arbeitsschwerpunkte auf kunstgeschichtlichen Forschungsgebieten liegen.

10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Die Anfang des Jahres 2002 gegründete Kulturstiftung des Bundes ist eine rechtsfähige gemeinnützige Stiftung des Bürgerlichen Rechts mit Sitz in Halle an der Saale. Sie ist mit einem Grundvermögen von 250 000 Euro ausgestattet und erhält zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben zudem eine jährliche Zuwendung aus dem Haushalt der Bundesregierung für Kultur und Medien. In der Aufbauphase standen im Jahr 2002 rund 13 Mio. Euro und in 2003 rund 25 Mio. Euro zur Verfügung. Ab 2004 soll die Förderung der KSB jährlich rund 38,5 Mio. Euro betragen.

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass sich Kulturförderung heute nicht auf die Erhaltung des jeweils nationalen Erbes beschränken kann. Mit der Erweiterung um die Staaten des ehemaligen Ostblocks kommen auf die Staaten der EU enorme Aufgaben und Herausforderungen zu – dabei sind Integrationsleistungen nicht nur im politischen und wirtschaftlichen, sondern auch im kulturellen Bereich zu erbringen. Doch auch über die europäischen Verhältnisse hinaus rücken die Überbrückung kultureller Grenzen, die künstlerische Kooperation und der kulturelle Austausch immer mehr in den Vordergrund des Aufgabenkatalogs von Kulturpolitik. Die KSB leistet hier einen wichtigen und wertvollen Beitrag.

Die KSB hat ihren Förderauftrag in zwei verschiedene, organisatorisch getrennte Förderbereiche aufgeteilt. Der Bereich der Allgemeinen Projektförderung ist offen für Anträge von Künstlerinnen und Künstlern aus Deutschland wie auch aus dem Ausland. Über die eingehenden Anträge entscheidet in regelmäßigen Abständen eine unabhängige Jury. Die KSB ruft darüber hinaus zu bestimmten Themenfeldern aus eigener Initiative Programme ins Leben. Derzeit gibt es bei der KSB vier solcher Programmbereiche. Im Programmbereich „Mittel- und Osteuropa“ hat die KSB in 2003 u. a. die Ausstellung „Berlin-Moskau/Moskau-Berlin“ mit rund 6 Mio. Euro gefördert. Aus dem Programmbereich „Die kulturelle Herausforderung des 11. September 2001“ ist beispielhaft die Förderung des vom GI getragenen Online-Magazins „Litrix“ zu nennen, das die Informationswege des Internets nutzt, um für zeitgenössische Werke der deutschen Literatur Übersetzungen in andere Sprachen anzuregen (Fördervolumen: 1,4 Mio. Euro).

11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Seit der Gründung 1989 hat sich das HKW in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin zu einem profilierten Zentrum für zeitgenössische Kunst aus Afrika, Asien und Lateinamerika entwickelt. Das HKW mit seinem Auditorium, der Ausstellungshalle, dem Theatersaal und den Konferenzräumen arbeitet mit allen Kunstformen (Bildende Kunst, Tanz, Theater, Musik, Literatur, Film und Medien). Die Projekte werden in Zusammenarbeit mit Experten, Kuratoren und Künstlern aus aller Welt entwickelt und umgesetzt. Das HKW wird von einem international besetzten Programmbeirat beraten. Jährlich wiederkehrende Festivals, thematische oder regionale Veranstaltungsreihen prägen die Programmstruktur des Hauses.

Mit einem Programmetat von rund 5,8 Mio. Euro wurden 2003 insgesamt 455 Veranstaltungen durchgeführt. Schwerpunkte bildeten 2003 die interdisziplinären, mehrwöchigen Verbundprogramme „Dis.Orient.ation“ (Naher

Osten) und „Body.City“ (Indien). Darüber hinaus wurden das Performance-Festival „In Transit“, die Musikfestivals „Transonic“, „popdeurope“ und „Sacred Music“ sowie zahlreiche Lesungen, Kongresse und Jugendveranstaltungen durchgeführt (jeweils regionenübergreifend).

Seit 2002 bildet das HKW einen Geschäftsbereich der „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“, zu der auch die Berliner Festspiele einschließlich des Martin-Gropius-Baus und die Internationalen Filmfest-

spiele gehören. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und der Medien (BKM) ist Alleingesellschafter der KBB. Die BKM förderte 2003 die Programmarbeit des HKW institutionell mit 2,04 Mio. Euro. Die Programmarbeit des HKW wurde 2003 vom Auswärtigen Amt mit rund 1,4 Mio. Euro, von der Kulturstiftung des Bundes, dem Hauptstadtkulturfonds und der EU mit insgesamt 540 000 Euro sowie von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin mit rund 1,5 Mio. Euro unterstützt.

